Heike Imhof-Rudolph (Hrsg.)

BRANDENBURG GOES GLOBAL!

ZUM EUROPÄISCHEN JAHR DER ENTWICKLUNG 2015

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg





Forum Entwicklungspolitik Brandenburg

wird herausgeben vom Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V. (VENROB) Schulstraße 8 b, 14482 Potsdam Tel. 0331-7048966 Fax. 0331-2708690 www.venrob.org Verantwortlich: Uwe Prüfer, pruefer@venrob.org

Ausgabe 4 (2014) Heike Imhof-Rudolph (Hrsg.): Brandenburg goes global! Zum Europäischen Jahr der Entwicklung 2015

Das Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. © WeltTrends, Potsdam 2014

Umschlagabbildung: GuenterHH (CC BY-ND 2.0)

Satz: Tim Haberstroh Layout: Kathrin Windhorst Druck: solid earth, Berlin Gedruckt auf 100% Recyclingpapier. Produziert mit 100% Ökostrom.

ISBN 978-3-941880-96-2

Bestellung: info@venrob.org

Gefördert durch Mittel des Ministeriums für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg.



Inhalt

Brandenburg goes global! Heike Imhof-Rudolph	2
Vorwort zur vierten Ausgabe Uwe Prüfer	4
Aus der aktuellen Arbeit des Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg Heike Imhof-Rudolph, Uwe Prüfer, Sabine Schepp	6
Der Entwicklungsdienst der Evangelischen Landeskirche Dr. Patrick Roger Schnabel	16
Was hat Entwicklungspolitik mit nachhaltiger Entwicklung zu tun? Bernd Nilles	19
ldeen für eine moderne Kampagne im Europäischen Jahr der Entwicklung 2015 Dr. Jan-Hendrik Kamlage	22
Wohin steuert die europäische Flüchtlingspolitik? Marei Pelzer	26
Städtepartnerschaftsinitiative Sansibar Town – Potsdam Kilian Kindelberger	29
Fairer Handel: Nur ein gutes Geschäft? Wiebke Deeken	32
Dokumente	36
European Year for Development 2015 (One Pager EYD der Europäischen Kommission)	36
Beschlussprotokoll der 65. Europaministerkonferenz am 5. Juni 2014 in Berlin (Auszug)	37
Resolution des Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg vom 20. Juni 2014	39
Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 12. Juni 2014	40
Veranstaltungen in Brandenburg zum Europäischen Jahr der Entwicklung 2015	41

Brandenburg goes global!

"Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft" lautet das Motto für das Europäische Jahr der Entwicklung 2015 – in Fachkreisen EYD 2015 genannt. Vergeben haben es das Europäische Parlament sowie der Europäische Rat am 16. April 2014. Es gibt einen Anlass für diese seit 1983 – so lange gibt es die Themenjahre der EU – erstmalige über die Nabelschau der EU hinausgehende Befassung mit der Welt jenseits der Außengrenzen europäischer Mitgliedstaaten: Die Weltgemeinschaft hatte beschlossen, dass die acht Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) bis 2015 um Nachhaltige Entwicklungsziele (SDG) erweitert werden müssen.

Wir erinnern an die erste Ausgabe dieser Reihe 2012. "Ernährung im 21. Jahrhundert" war das Thema und die acht Entwicklungsziele waren dort aufgelistet. Die ersten sechs Ziele beziehen sich auf die Schaffung existenzieller Lebensgrundlagen: durch die Bekämpfung von extremer Armut, Hunger und Kindersterblichkeit sowie durch eine Steigerung von Primarschulbildung, elementarer Gesundheitsversorgung und Geschlechtergleichstellung. Erst in Ziel sieben und acht geht es um ökologische Nachhaltigkeit und globale Partnerschaft für Entwicklung. Nun, da die Welt nicht kleiner, wir aber mobiler geworden sind, haben wir auf Reisen so manches Elend mit eigenen Augen gesehen und erlebt. Und vielleicht hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass unser westlicher Lebensstil, die Idee, aus dem Vollen zu schöpfen, auch ein Grund für das Elend der anderen ist?

Salopp gesagt: Die EU goes global und als Teil von ihr sind wir als Bundesland Brandenburg dabei. Die globalen Herausforderungen der Zukunft betreffen uns alle und es ist an der Zeit, diesen Bewusstseinswandel in Taten umzusetzen. Welche Rolle die Landesregierung und die Stakeholder dabei spielen, geht aus der Zusammenfassung der Ergebnisse des mittlerweile fünften Round Table zur Entwicklungspolitik hervor. Einige der im Juni für das Europäische Jahr der Entwicklung 2015 gemachten Vorschläge finden sich in der Übersicht der Aktivitäten.

Entwicklungspolitik war und ist schon immer ein Schwerpunkt kirchlicher Arbeit. Deshalb freuen wir uns besonders, dass wir mit Dr. Patrick Schnabel erstmals einen Vertreter der evangelischen Kirche beim Round Table begrüßen konnten. In seinem Beitrag skizziert er die Arbeit des Kirchlichen Entwicklungsdienstes und dessen Vernetzung in Brandenburg.

Mit Bernd Nilles kam der Generalsekretär der internationalen katholischen Organisation CIDSE zu Wort, der die Arbeit von Misereor an einem konkreten Beispiel in Guatemala lebhaft schildert.

Dr. Jan-Hendrick Kamlage untersucht "dialogorientierte Bürgerbeteiligungen" und geht der Frage nach, wie es Akteuren gelingen kann, mit den Mitteln von bottom-up-geplanten Kampagnen eine breite Öffentlichkeit über die wichtigen Themen der Entwicklungspolitik zu informieren sowie sie dafür zu sensibilisieren und zu mobilisieren.

Durch die Einhaltung der Menschenrechte seitens der Europäischen Union soll die europäische Flüchtlingskrise überwunden werden. Marei Pelzer von Pro Asyl fordert, dass Asylsuchende Zugang zu Europa erhalten und eine menschenwürdige Aufnahme erfahren.

Reisen bildet, das weiß auch Kilian Kindelberger von der Berlin-Brandenburgischen Auslandsgesellschaft zu berichten. Er begleitete die spätherbstliche Reise der Potsdamer Delegation unter Leitung des Oberbürgermeisters Jan Jakobs nach Sansibar, die der Vorbereitung einer zukünftigen Städtepartnerschaft Potsdams mit Sansibar Town dient.

Die "Eine Welt" findet sich an mittlerweile 21 Standorten, die von Weltlädengruppen in Brandenburg betreut werden, vielleicht auch in Ihrer Nähe? Wiebke Deeken, Fair-Handels-Beraterin für Weltläden in der Region informiert über Strukturen, Aufgaben und Ziele und die Möglichkeit des "Lernens durch Handel" in Brandenburg. Im EU-Jahr der Entwicklung erhofft sie sich einen Entwicklungssprung in den Beziehungen zwischen Brandenburger Weltläden und den europäischen Strukturen der Fair-Handels-Bewegung.

Grundlage für das Europäische Jahr der Entwicklung 2015 sind die Beschlüsse des Europäischen Parlamentes und des Rates der Europäischen Union vom April 2014, der Europaministerkonferenz vom 5. Juni 2014, die Resolution des Round Table vom Juni 2014 sowie der Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz im Juni 2014, die sich in Auszügen zum Nachlesen in diesem Heft befinden. Abgerundet wird das Heft durch die Übersicht aller bisher bekannten Aktivitäten (Stand: Dezember 2014).

Das Europäische Jahr der Entwicklung steht vor der Tür. Machen Sie mit, informieren Sie sich und andere und leisten Sie Ihren Beitrag, wo Sie können.

Potsdam, im Dezember 2014

Heike Imhof-Rudolph

Vorwort zur vierten Ausgabe

Liebe Leserinnen und Leser, liebe entwicklungspolitische Mitstreiterinnen und Mitstreiter!

mit dem Heft 4 der seit 2012 erscheinenden Schriftenreihe *Forum Entwicklungspolitik Brandenburg* möchten die Herausgeber Sie auf das Europäische Jahr der Entwicklung 2015 (kurz: EYD 2015) einstimmen.

2015 wird international als ein wichtiges Jahr für die globale Entwicklungsagenda angesehen. Denn es ist einerseits jenes Jahr, in dem die UN-Millenniums-Entwicklungsziele erfolgreich (?) bilanziert werden sollen. Andererseits will sich – darauf aufbauend – die internationale Gemeinschaft mit der Verabschiedung einer Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung einen Handlungsrahmen für die kommenden Jahrzehnte geben. Erwartungsvoll wird dieser Tage bekanntlich zunächst nach Lima geblickt, wo die Vorbereitungen für die vereinbarte Klimakonferenz im Dezember 2015 in Paris stattfinden. Dort will sich die Staatengemeinschaft auf ein verbindliches Nachfolgeabkommen zum Kyoto-Protokoll einigen.

Fortschritte werden letztlich bei beiden Konferenzen nicht erreicht werden, sollte es nicht gelingen, deutlich mehr Menschen für ein Engagement in puncto globale – und in anderer Weise für persönliche – Nachhaltigkeit zu gewinnen. Entwicklungspolitik steht dabei im Zentrum.

Auf Vorschlag der Europäischen Kommission wurde aufgrund eines Beschlusses des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 das Jahr 2015 zum "Europäischen Jahr für Entwicklung" (Beschluss 472/2014/EU) erklärt. Im Rahmen einer Kommunikationskampagne, die Öffentlichkeitsarbeit, Information und Bildung kombiniert, sollen u.a. die zahlreichen Querverbindungen zwischen regionaler, nationaler und internationaler Politik den Bürgerinnen und Bürgern dargestellt werden.

Von den Zielen des EYD 2015 teilt VENROB e.V. vor allem, dass die weltweiten wechselseitigen Abhängigkeiten sowie die Tatsache, dass Entwicklungszusammenarbeit über reine Hilfeleistungen hinausgeht, stärker ins Bewusstsein gerückt werden. Soll allerdings – wie von der EU gewünscht – "die Akzeptanz in der Öffentlichkeit und in der Politik" erreicht sowie "der Nachweis über den wirksamen und effizienten Einsatz öffentlicher Mittel für die Erreichung der Entwicklungsziele" erbracht werden, bedarf es offener und (selbst-)kritischer Auseinandersetzungen. Das Europäische Jahr kann absehbar nur als "Katalysator bei der Sensibilisierung wirken", wenn es öffentliche politische Debatten, Bildungsarbeit und Austausch zwischen den Mitgliedstaaten auf Länderund kommunaler Ebene mit der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft, den Sozialpartnern sowie den im Entwicklungsbereich tätigen Einrichtungen und Organisationen gibt.

Aus dem fünften Treffen des Round Table Entwicklungspolitik am 21. Juni 2014 ist eine Resolution hervor gegangen, die zur Unterstützung des EYD in unserem Bundesland aufruft, indem "alle Akteure in der Region das Europäische Jahr der Entwicklung 2015 nutzen, um die Debatte über Nachhaltigkeitsziele und Entwicklungspolitik zukünftig zum Bestandteil ihrer Arbeit zu machen. Die Akteure sollen ermutigt werden, sich 2015 mit eigenen Veranstaltungen zu beteiligen und die zivilgesellschaftliche Vernetzung in Brandenburg weiter voranzutreiben."

Europa sowie die "Eine Welt" sind für das Land Brandenburg laut seiner Verfassung ein wichtiger Bezugsrahmen: "[...] von dem Willen beseelt, die Würde und Freiheit des Menschen zu

sichern, das Gemeinschaftsleben in sozialer Gerechtigkeit zu ordnen, das Wohl aller zu fördern, Natur und Umwelt zu bewahren und zu schützen, und entschlossen, das Bundesland Brandenburg als lebendiges Glied der Bundesrepublik Deutschland in einem sich einigenden Europa und in der Einen Welt zu gestalten" heißt es in der Präambel.

Nach den Brandenburger Landtagswahlen im September 2014 und den Koalitionsverhandlungen wird sich die neue Regierung ab 2015 auch auf diesem Feld beweisen müssen. Im Koalitionsvertrag von SPD und Die Linke fällt Entwicklungspolitik zunächst relativ knapp aus: "Die Koalition ist sich ihrer Verantwortung für die Eine Welt bewusst und unterstützt brandenburgische Akteure der Entwicklungszusammenarbeit. Ein Schwerpunkt ist dabei die Vorbereitung des "Europäischen Jahres der Entwicklung" 2015. Die Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung von 2012 werden fortgeschrieben."

VENROB ist trotzdem optimistisch, dass der überwiegend erfolgreiche entwicklungspolitische Kurs in Brandenburg fortgeführt werden kann. Minister Christoffers – als Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten in der abgelaufenen Legislaturperiode u.a. für Entwicklungspolitik zuständig – hatte noch im Juni 2014 eine positive Gesamtbilanz gezogen. Deren Kernelemente sind vor allem die Entwicklungspolitischen Leitlinien und der transparente Stakeholder-Prozess (vgl. FEB Heft 2 von 2012).

In Brandenburg gibt es eine Reihe von Fragen zu bearbeiten, um die komplementäre Integration der Entwicklungspolitischen Leitlinien, der im Frühjahr 2014 ebenfalls vom Kabinett verabschiedeten Nachhaltigkeitsstrategie und der Internationalisierungsstrategie der Landesregierung herzustellen. VENROB erwartet, dass der Dialog mit der Landesregierung und den anderen Stakeholdern am Round Table Entwicklungspolitik fortgesetzt wird.

Heft 5, dessen Erscheinen wir für die erste Jahreshälfte 2015 planen, wird dem Thema "Globales Lernen / Bildung für Nachhaltige Entwicklung" gewidmet sein.

Uwe Prüfer, 2. Sprecher VENROB e. V.

Uwe Profe

Aus der aktuellen Arbeit des Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg

Unter Verwendung von Protokollnotizen vom 5. Treffen am 20.6.2014

Heike Imhof-Rudolph, Uwe Prüfer, Sabine Schepp

Der Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg ist ein Instrument für den gesellschaftlichen Dialog zur Erstellung und inzwischen zur Begleitung der Umsetzung der am 30. Mai 2012 beschlossenen Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung (EL).

VENROB e.V. ist in diesem Prozess seit 2010 der zivilgesellschaftliche Partner des Ministeriums für Wirtschaft und Europaangelegenheiten (MWE) des Landes Brandenburg.Der Round Table tagt seit 2010 jährlich, vertreten sind etwa 40 Stakeholder. Von Beginn an wurde eindeutig für die Komplementarität der Leitlinien mit der Nachhaltigkeitsstrategie der Landesregierung (NHS) optiert. Dies hat seinen Niederschlag auch in den Entwicklungspolitischen Leitlinien gefunden. Die strategische Verschränkung der Brandenburgischen Entwicklungspolitik mit der im Mai 2014 verabschiedeten Nachhaltigkeitsstrategie des Landes bleibt weiterhin eine Zielstellung des Round Table. Er orientiert sein Wirken an den Diskussionssträngen der Nachhaltigkeit Brandenburgs und untersetzt sie mit konkreten entwicklungspolitischen Schwerpunkten.

Sowohl staatliche Akteure als auch Nichtregierungsorganisationen arbeiten bereits an Kooperationen im Nachhaltigkeitsbereich, vor allem im Bildungsbereich. Für alle bildungsrelevanten Aspekte hatte der dritte

Round Table bereits die Weiterführung des Landesaktionsplans Bildung für Nachhaltige Entwicklung (LAP BNE) empfohlen und Akteure (VENROB-Geschäftsstelle, Round-Table-Koordinatorin) haben sich daran beteiligt. Da nach den ersten beiden Treffen des Runden Tischs BNE 2011 und 2012 ein vergleichbarer Dialog für den LAP gestartet worden ist, bestehen nun profiliertere Ansatzpunkte für die Koordination von Aktivitäten, die von beiden Strukturen initiiert, durchgeführt oder begleitet werden.

Nachfolgend wird anhand des fünften Treffens halb protokollarisch dargestellt, wer die Stakeholder sind, wie sie sich einbringen und welche Schwerpunkte aktuell diskutiert werden.

Minister Ralf Christoffers (MWE) eröffnet das Treffen. Er zieht in seinem Eingangsstatement eine positive Bilanz der fünfjährigen Tradition des Round Table. Er dankt allen Stakeholdern und äußert die Hoffnung, dass mit der Einrichtung und den Ergebnissen des Round Table - insbesondere mit den Entwicklungspolitischen Leitlinien - etwas Bleibendes für die nächsten Jahre geschaffen wurde. Mittlerweile hat die Entwicklungspolitik (EP) einen eigenen Haushaltstitel in Brandenburg, der stückweit nach Maßgabe des Gesetzgebers ausgebaut wird. Die Einführung des von Bund und Ländern finanzierten Promotorenmodells auch in Brandenburg soll weiter angestrebt werden. Mit der Aufwertung der NGOs soll die institutionelle Zusammenarbeit weiter gefördert werden, ebenso wie das bestehende Gerüst von Personal. Die Finanzierung der BREBIT für 2014 ist gewährleistet, die hierzu im Landtagsausschuss getroffene Aussage steht.

Die Entwicklungszusammenarbeit (EZA), die Entwicklungspolitik und die Nachhaltigkeit sind ein Stück weit zusammengebracht worden. Die Brandenburger Ministerien arbeiten verstärkt zusammen. Minister Christoffers warnt vor der Vernachlässigung der Entwicklung in Afrika und deren wahrscheinliche Auswirkungen auf Europa nach dem Motto: "Lampedusa steht vor der Tür!"

Die Europäische Kommission hat für das EU-Entwicklungsjahr 2015 Schwerpunkte gesetzt, deren Umsetzung von den Bundesländern (auch Brandenburg) auf der Konferenz der Europaminister zugesichert wurde. Auch hier betont Minister Christoffers, wie wichtig die Impulse aus dem Round Table für die Vorbereitung und Durchführung des Entwicklungspolitischen Jahres 2015 sind. Er begrüßt die Bildung einer Steuerungsgruppe beim BMZ, in der Vertreter des Bundes, der Länder und Kommunen, der zivilgesellschaftlichen Bundesverbände VENRO und agl sowie andere Akteure vertreten sind. Der Stellenwert der Entwicklungspolitik in Brandenburg hat sich laut Minister Christoffers in der zu Ende gehenden Legislaturperiode erhöht, ist aber noch nicht da, wo er sein müsste.

Aus der Diskussion

Dr. Albert Statz (Beirat für nachhaltige Entwicklung, Brandenburg) fragt nach dem Nachhaltigkeitsbezug bei der Internationalisierungsstrategie und stellt mit Bedauern fest, dass es zwei parallele Strategien gibt. Zwischen den EL und der Nachhaltigkeitsstrategie sollte ein wechselseitiger Bezug hergestellt werden, weil inhaltliche Querverbindungen im internationalen Kontext gezogen werden könnten. Wenn hier eine Chance vergeben wurde, sollte es dafür zu einer stärkeren Verzahnung bei der Umsetzung kommen.

Minister Christoffers: Nachhaltigkeitsstrategie und Internationalisierungsstrategie stammen aus unterschiedlichen Quellen und haben unterschiedliche Ansätze und Ausgangspunkte. Sie sollten aber in der Ausführung verbunden werden.

Wiebke Deeken (Fair-Handels-Beratung Brandenburg) fragt, wie der Faire Handel im Sinne der Nachhaltigkeit verfestigt werden kann und beklagt einen Rückgang des Interesses daran. Sie sieht z. B. die Landnutzung in Brandenburg im Widerspruch zur Nachhaltigkeit.

Minister Christoffers weist auf versiegelte Flächen in der Landwirtschaft und Binnenmigration hin, hervorgerufen durch die vielen Zuzüge, insbesondere im Umland Berlins. Brandenburg ist außerdem Schnittstelle von zwei europäischen Verkehrswegen, das zeigt sich vor allem in der Infrastruktur. Der Faire Handel ist ein guter Ausgangspunkt für die EP. Es stellt sich z.B. die Frage: Wie können Konzepte von Weltläden in die städtische Infrastruktur einbezogen werden? Die erste Fair-Trade-Stadt im Land Brandenburg (Eberswalde) könnte hierbei Vorbildcharakter entwickeln.

Marianne Ballé Moudoumbou (PAWLO Germany e. V.) geht auf den Konflikt zwischen der Ukraine und Russland ein, der bereits Auswirkungen auf die Bildungspolitik mit Jugendlichen zeige. Man sollte nicht warten, bis die Krisen in den Staaten Afrikas da sind, sondern stärker die Beziehungen zwischen den Kommunen und den interkulturellen Dialogs pflegen, z.B. zwischen Vereinen und Unternehmer_innen. Eine stärkere Sichtbarkeit der Agierenden ist in diesem Zusammenhang notwendig.

Minister Christoffers gibt ihr Recht, was die Sichtbarmachung der Akteure betrifft und teilt die Meinung, dass dies in Brandenburg noch nicht wirklich gelungen sei. In mehreren Beiträgen wird angesprochen, dass Nachhaltigkeit mehr ist als Braunkohle; wenngleich dieses strittige Thema nicht ausgeklammert werden kann.

1. Monitoring – Das zweite Jahr der "Entwicklungspolitischen Leitlinien in Brandenburg"

Dr. Frank Beck (MUGV): Die Landesregierung bekennt sich mit ihrer Nachhaltigkeitsstrategie zu vier Zielen: 1. Verkleinerung des ökologischen Fußabdrucks, 2. Wohlfahrt und gesellschaftliches Wohlbefinden, 3. Solidarität und internationale Entwicklungsstabilität, 4. die Teilhabe aller am Entscheidungs- und Gestaltungsprozess. Insgesamt sollen 160 Maßnahmen in den nächsten Jahren umgesetzt werden. Einige Punkte bedürfen noch einer stärkeren Behandlung für Brandenburg als bisher, wie z.B. Landnutzung, Biodiversifikation und die internationale Komponente, die eine enge Verbindung zu den EL, zur Nachhaltigkeitsstrategie und dem Europäischen Jahr der Entwicklung 2015 schafft.

Godehard Vagedes (MUGV) plädiert für die Fortschreibung des Landesaktionsplanes Bildung für nachhaltige Entwicklung. Die EL sollten inhaltlich ausgeformt werden, entwicklungspolitische Information und Bildung sind dabei ein wesentliches Kommunikationsmittel. Die Vermittlung des Globalen Lernens sollte auch durch die Förderung freier Träger geschehen. Methodische Ansätze für die Qualifizierung der Jugend- und Erwachsenenbildung kommen nicht aus der Landesregierung, sondern stammen aus der Community, ausgehend vom Auftrag des Runden Tisches für BNE. Im mittlerweile dritten Runden Tisch ging es vor allem um die Vernetzung und die Verbesserung und Entwicklung eines neuen Selbstverständnisses. Eine Förderung im aktuellen Haushaltsjahr sichert u.a. die 11. BREBIT 2014.

Michael Preuß (MBJS) berichtet über Globales Lernen im außerschulischen Bereich vom Jugendaustausch-Programm "Jugend für Entwicklungszusammenarbeit". Hier konnten die Mittel, die bereits Ende Mai verbucht worden sind, von 33.000 auf 40.000 Euro aufgestockt werden. Sie kommen vor allem einem Pilotprojekt für zwei Auszubildende zugute, die in Projekten in Kenia mitgearbeitet haben.

Michael Rump-Räuber (LISUM) berichtet vom "Orientierungsrahmen für den Lernbereich globale Entwicklung" der Kultusministerkonferenz (KMK) und des BMZ. Zu dessen Umsetzung in Brandenburger Schulen wurde eine Handreichung für Lehrerinnen und Lehrer entwickelt, wie die Themen in den Schulunterricht eingebracht werden können. Bei einer Fachtagung mit 140 teilnehmenden Lehrerinnen und Lehrern wurde als Ergebnis ein Modellprojekt entwickelt, wie das Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung und Globales Lernen in der Schule und außerschulisch aufgegriffen werden kann. In Cottbus werden sich an einem aktuellen Pilotprojekt drei Schulen beteiligen. Dazu gibt es einen Projektantrag bei Engagement Global. Es gibt z.B. eine Partnerschaft mit einer Schule in Tansania, in deren Profil es um Energiegewinnung geht. Hier wird der Versuch unternommen, eine Sensibilisierung für dieses Thema mit den Anforderungen in der Region zu entwickeln. Globales Lernen soll in die einzelnen Fächer integriert und nicht zusätzlich übergestülpt werden. Dafür werden mehr Angebote an Fortbildung für Schulen sowie eine Überarbeitung der Rahmenlehrpläne benötigt.

Dirk Reitemeier (MWE): Primär ist die Internationalisierungsstrategie (IS) des MWE von einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe erarbeitet worden, ausgerichtet an den Zuständigkeitsbereich der Landesregierung. Ausgangslage ist, dass die Vernetzung und Entwicklung international voranschreitet und der internationale Wettbewerb auch innerhalb der Regionen stattfindet. Außenkontakte sind international, richten sich aber auch nach innen, um das Handeln im Äußeren besser zu gestalten. Mit der Internationalisierungsstrategie wird das Ziel verfolgt, Brandenburg international handlungsfähiger, attraktiver, wettbewerbsfähiger und damit weltoffener zu machen. Sie umfasst drei Handlungsfelder: 1. Kooperationsräume geografisch und fachspezifisch erweitern, 2. Weiterentwicklung der Handlungsfähigkeit der Organisation und Kapazitäten der Landesverwaltung in Bezug auf Kommunikation (Fremdsprachen), interkulturelle Kompetenz (Umsetzung der EL) und internationale Mobilität, 3. Brandenburg soll international attraktiver werden, Stichwort Willkommenskultur – hier gibt es Kooperationen mit Berlin. Die Beziehungen zu Polen werden gefördert, Schwerpunkt ist hier der Ostseeraum, in dem Brandenburg bereits viele Anknüpfungspunkte hat (z.B. grüne Verkehrs- und Entwicklungskorridore, Daseinsfürsorge, politische Wertebildung etc.).

Eine Verstärkung des internationalen Handels soll mittels Optimierung des Informationssystems, der Verbesserung der Fremdsprachenkenntnisse in der Landesregierung und durch europäische Investitionen in den Strukturfonds erfolgen. Hier sind z.B. die Universitäten in Brandenburg aktiv. Das Außenwirtschaftskonzept verlangt kultu-

relle Kompetenz, d.h. die Bedingungen für ausländische Fachkräfte müssen attraktiv gestaltet werden durch Weltoffenheit, Service für Ankömmlinge und eine Anerkennungskultur. Hier ist eine Verbesserung des Landesmarketingstruktur für die Außenwirkung vonnöten. Auch NGOs sind bei der Umsetzung gefragt.

Stellvertretend für die Landesintegrationsbeauftragte, Dr. Doris Lemmermeier, berichtet Detlev Groß (MWE, im Landesintegrationsrat tätig), dass es das Landesintegrationskonzept seit April 2014 gibt. Es orientiert sich an den Potenzialen von Zuwanderern und definiert sieben Handlungsfelder. Dabei überlappen sich viele Aspekte (Stichworte: Willkommenskultur, Anerkennungskultur, Bildungspolitik). Rassismus sollte nicht ausgeklammert werden. Das Landesintegrationskonzept bietet u.a. berufliche Perspektiven - Arbeitsmarktinitiativen, gesellschaftliche Teilhabe mit modernen Teilhabeformaten -, um trotz geringer Mittel gesellschaftliches Know-how nicht zu verlieren.

Groß fährt als Referent für Entwicklungspolitik beim MWE fort: Alle Teilnehmer des Round Table können stolz auf den Prozess sein, der zu den EL und zur Nachhaltigkeitsstrategie geführt hat. Der Round Table hat sich wie



Heike Imhof-Rudolph

vereinbart auch als Monitoring-Prozess im dritten und vierten Jahr seiner Arbeit etabliert. Die Haushaltsmittel des MWE für EP aus dem Vorjahr sind für 2014 um 15.000 auf 75.000 Euro aufgestockt worden. Im Vorschlag für den Doppelhaushalt 2015/2016 hat das MWE je 100.000 Euro zusätzlich geplant, über die natürlich der neu zu wählende Landtag entscheiden wird. Die Befürwortung wäre eine gute Ausgangsposition für die neue Legislaturperiode. Bei der Themensetzung für die Förderung seitens des MWE gibt es eine inhaltliche Fokussierung: Ein Schwerpunkt ist kommunale EP, z.B. durch die Schaffung eines neuen Internetportals von Carpus e.V. als Anlaufstelle für Interessierte.

Es gibt vom Round Table erneut Kritik am Städte- und Gemeindebund Brandenburg, der wiederum nicht als Gesprächspartner vertreten ist.Dabei ist Entwicklungspolitik bundesweit wieder stärker im öffentlichen Gespräch. So äußerte sich zum ersten Mal seit Jahren wieder der Bundesrat zu entwicklungspolitischen Themen im Hinblick auf das Entwicklungsjahr 2015 der Europäischen Union. Dazu fand z.B. im Februar 2014 die Fachtagung der Stiftung Entwicklung und Frieden (sef) in Potsdam statt, unterstützt durch die Landesregierung.

Für die Kofinanzierung des Promotorenprogramms ab 2015 auch in Brandenburg wird mit Unterstützung von Minister Christoffers nach Möglichkeiten gesucht. Unabhängig vom Haushalt anderer Ministerien werden im MWE Mittel für die NGO-Promotor_innen bereitgestellt sowie versucht, neue Partner wie die Evangelische Landeskirche zu gewinnen.

Aus der Diskussion

Dr. Patrick Schnabel vom Kirchlichen Entwicklungsdienst (KED) der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, als Nachfolger von Cornelia Schattat erstmalig beim Round Table anwesend, kündigt gleichermaßen die

Beantragung von neuen entwicklungspolitischen Stellen bei kirchlichen Trägern in Brandenburg an, sollte das Land ins Promotorenprogramm einsteigen.

Jens Ullmann (IHK) lobt die Internationalisierungsstrategie, beklagt aber auch den Nachholbedarf in Brandenburg. Bei der Umsetzung der EL sei bisher viel geschafft worden, es könnte aber mehr sein. Er plädiert für eine Wiederbelebung der AG Wirtschaft, da diesbezüglich nicht viel passiert ist.

Uwe Prüfer räumt selbstkritisch Defizite bei der Arbeit der verschiedenen AGs des Round Table ein. Dies sei vor allem durch enge personelle Grenzen beim VENROB nicht intensiver begleitbar. Er weist aber auf bilaterale Aktionen hin, die nicht immer sichtbar werden (z.B. im Bildungsbereich Cottbus). Für die AG Wirtschaft sei die bekannte Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ) sicher eine noch stärker zu nutzende Organisation. Denn sie hat u.a. die Aufgabe, die Bundesländer bei der Umsetzung ihrer Nachhaltigkeitsstrategien zu unterstützen.

Anja Glatzel (GIZ) fragt, wie im Bereich der Nachhaltigkeits- und Internationalisierungsstrategie Kooperationen unterstützt und zusammengeführt werden können und bietet Hilfe an (Stichwort Ostseeraum, EU-Akquise etc.).

Dr. Albert Statz fordert, dass in die Gesamtaktivitäten, ausgehend und angeregt vom Round Table, die Stakeholder stärker einbezogen sowie selbständiger werden sollen, als dies bisher geschehen ist. Es handelt sich um eine komplexe Querschnittstrategie, in der es darum geht, Politik an den Maßstäben der Nachhaltigkeit zu messen. Wenn die Zukunftsfähigkeit von Investitionen diskutiert wird, geht es nicht mehr nur um kurzfristige wirtschaftliche Gewinnmaximierung. Die Frage ist, wie es mit der eigenen wirtschaftlichen Strategie weitergehen soll. Nachhaltigkeit muss als Dachstrategie fungieren, auch wenn die Landesregierung



© Hei

das nicht immer so sieht. Der Nachhaltigkeitsbeirat ist bereit, über diesen Konflikt zu diskutieren. Die kommunale Ebene ist hierbei zentral und deshalb ist es skandalös, dass der kommunale Spitzenverband Brandenburg sich nicht dazu äußert. In anderen Bundesländern wie in NRW ist das ganz anders. Die Kommunen hierzulande kommen in der Landesnachhaltigkeitsstrategie als eigenständige Akteure, selbst als integrierter Punkt, so gut wie nicht vor. Dr. Statz schlägt als Vorreiterstrategie einen Bürgermeisterdialog vor, eine Allianz der Willigen, die von unten wachsen kann. Das wäre eine sinnvolle Kooperation, hier besteht ein sehr großer Nachholbedarf. Auch im Nachhaltigkeitsrat hat man zu spät mit der Internationalisierungsstrategie begonnen.

Michael Kleinbub (Entwicklungsscout des BMZ bei der IHK Potsdam) berichtet von Lernaufenthalten für zwei Azubis in Kenia und bedauert, dass der Schwerpunkt Migration und Integration sowie die Unterstützung des panafrikanischen Raumes leider nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit der Wirtschaft stehen. IHZ-Scouts unterstützten und beraten Unternehmen bezüglich der Förderprogramme, die vom BMZ ausgegeben werden. In Zusammenarbeit mit der Handelskammer Hamburg gab es 2013

ca. 15 Veranstaltung mit dem Schwerpunkt Entwicklungsarbeit in Schwellenländern. Es besteht durchaus Interesse an diesen Fördermöglichkeiten, in diesem Jahr sind zwei Anträge eingegangen.

Die Klimapartnerschaft Potsdams mit Sansibar soll in Zukunft weiter durch die IHK begleitet werden. Geplant ist für Herbst 2014 eine Reise des Bürgermeisters nach Sansibar, evtl. begleitet von Unternehmer innen.

Des Weiteren berichtet Kleinbub von einer Reise nach Pakistan, Info-Veranstaltungen zu Myanmar, Vietnam, Tunesien, Kolumbien u.a. Ländern in Kooperation mit der IHK Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, aus denen sich viele Aktivitäten im Bereich erneuerbare Energien entwickelt haben. Er weist auf die Veranstaltung im Juli zum Berufsbildungsexport und eine geplante Veranstaltung zu Marokko hin sowie auf die gesellschaftliche Zusammenarbeit mit der GIZ zu den Themen Fachkräfte-Sicherung und Zusammenarbeit mit der einheimischen Wirtschaft, auch im Hinblick auf das Europäische Jahr der Entwicklung 2015.

Uwe Prüfer liefert eine kurze Zusammenfassung über NGO-Aktivitäten. Im schwierigen Feld kommunaler EP gab es ein koordinier-

tes Projekt von CARPUS e.V., VENROB e.V. und NNAG e.V. In diesem Zusammenhang wurde eine neue Webseite von CARPUS e.V. als das Portal für kommunales entwicklungspolitisches Engagement in Brandenburg erstellt. Diesen Fokus hatte auch Ausgabe 3 des Forums Entwicklungspolitik Brandenburg, (herausgegeben von Welt-Trends e.V. und VENROB e.V.). Es enthält u.a. ein Interview mit Werner Große, dem langjährigen Präsidenten des Brandenburger Städte- und Gemeindetages. Im Februar wurde ein Treffen mit Kommunalpolitikern bezüglich Fair-Handels-Aktivitäten, u.a. bei der BUGA 2015 in Brandenburg an der Havel organisiert. Er plädiert dafür, stärker regional zu denken, die Kooperation mit den Willigen klarer zu strukturieren und sichtbar zu machen sowie dabei die Zusammenarbeit mit der Außenstelle Berlin-Brandenburg von Engagement Global und dem MWE fortzusetzen.

Wiebke Deeken (Fair-Handels-Beratung Brandenburg) berichtet über die 20 Weltläden in Brandenburg (siehe hierzu den Artikel im Heft auf Seite 32).

Marianne Ballé Moudoumbou sitzt heute als alleinige Vertreterin der migrantischen Organisationen am Runden Tisch, denn die

meisten Migrant_innen sind Flüchtlinge mit ungewissem Status. Aktiv sind ihrer Meinung nach nur zwei Organisationen: PAWLO e.V. und Cagintua e.V. Sie nennt exemplarisch den "Baum der Gleichheit", der mittlerweile ein Wald ist und immer wieder als Zeichen gepflanzt wird. Echo Kamerun e.V. aus Belzig ist stark organisiert in der Jugendbegegnung und bahnt eine Städtepartnerschaft mit Kribi in Kamerun an. Es gibt viele Ideen für den Brandenburger Afrika-Aktionstag von PAWLO, siehe auch das Kommunikationskonzept für das Europäische Jahr der Entwicklung 2015. Beispielsweise sollen nicht nur migrantische Vereine, sondern Unternehmer_innen mit migrantischen Wurzeln einbezogen werden: Es gibt einen Ideenwettbewerb für eine Plakatstrecke unter dem Motto "Was passiert nach 2015?". Am 26. Juli 2014 wird ein Festival im Zentrum Potsdams stattfinden. Thema sind Plastiktüten unter dem Motto: "Kunststoffe versus traditionelles Wissen und Tradition".

Wiebke Deeken antwortet auf die Frage, ob die Weltläden mit ihrem Fair-Handels-Angebot noch wettbewerbsfähig sind, wenn bei Edeka das Sortiment deutlich größer und die Verfügbarkeit eindeutig besser ist: Im Weltladen gehe es eben nicht nur um



Meike Imhof-Rudolp

den Handel. Es seien entwicklungspolitische Gruppen, die als Sozialisationspunkte für entwicklungspolitische Arbeit dienen, die die Wertschöpfungskette der gesamten Handlungswege aufzeigen.

Roald Matscheroth (Puerto Alegre e. V.) fordert, dass die Konzerne und Handelsketten kritisch beobachtet werden müssen, um auf die Notwendigkeit einer fairen Gesamtstruktur hinzuweisen und nicht nur auf einzelne Produkte. Ein Regal mit fair gehandelten Produkten macht nicht das Unternehmen "fair".

2. Schwerpunkte der EP in Brandenburg 2015

Michael Krake (BMZ, Leiter des Referats Strategische Planung und Steuerung) referiert zum Europäischen Jahr der Entwicklung 2015 und betont den Nutzen für die Zivilgesellschaft. Das BMZ hat im letzten Jahr in Bezug auf den Europäischen Rat und das Europäische Parlament das Vorhaben aufgenommen, die Länder haben den Vorschlag aufgegriffen. Detlev Groß in seiner Funktion als Ansprechpartner der deutschen Länder ist sofort aktiv geworden und hat die Chance erkannt, die Kommunikation für Entwicklungspolitik und Europapolitik zusammenzubringen. Noch vor dem Europäischen Rat hat das BMZ seine Stellungnahme formuliert und Beteiligung signalisiert, nicht aber in Form von Jubelveranstaltungen. In früheren Jahren hatten notwendige Vorleistungen für Projekte manche NGOs in die Knie gezwungen. Jetzt existiert zwar eine Zusage zu einer Haushaltslinie, allerdings noch ohne genaue inhaltliche Ausformulierung. Mittel aus verschiedenen Töpfen wurden für die Finanzierungslinie zusammengeführt. So soll es für 2015 auch inhaltlich einen finanziellen Neustart geben (mit Themen wie beispielsweise agrarpolitische Folgen auf Regionalmärkte und Auswirkungen auf Entwicklungsmärkte; öffentlichkeitswirksame Formen und Formate in der Kom-

munikation, um auf den Zusammenhang zwischen heimischer Scholle und EU hinzuweisen etc.). Hierzu gab es eine Fachtagung der Länder im Februar 2014. Dort wurde ein Schritt weiter gegangen, nicht bundesweit, sondern im Bereich der Länder. Fragestellungen, wie z.B. "Was hat Eisenhüttenstadt mit Lampedusa zu tun? Wie verhalten sich die Brandenburgerinnen und Brandenburger dazu?", wurden aufgeworfen. Nach der Fachtagung wollte man nicht stehenbleiben, aber der Link auf die politische Ebene zu Europa fehlte. Am 5. Juni 2014 ist von der Europaministerkonferenz im Bereich der Entwicklungspolitik der Beschluss für das Themenjahr gefasst worden. Bis September 2014 müssen bei der EU die geplanten Vorhaben gemeldet werden. Es wird nicht um viel Geld gehen, insgesamt hat die EU 16 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Die Bundesrepublik kann mit 630.000 Euro rechnen. Man spekuliert auf Synergieeffekte von europapolitischen und energiepolitischen Konzeptionen. Eine Zwischenstation auf dem Weg dahin ist der Dialogprozess zur "Zukunftscharta EINE WELT - Unsere Verantwortung" des BMZ eine Vorlage des neuen Ministers Dr. Gerd Müller. Anlässlich der 2015 endenden UN-Millenniumentwicklungsziele (MDG) und der UN-Dekade BNE soll dies eine erste inhaltliche Auseinandersetzung in Bezug auf die gesamte weitere nationale Strategie sein. Im Zusammenhang mit den anstehenden internationalen Klimakonferenzen wird auch das Engagement der deutschen Stakeholder abgefragt werden.

Michael Krake: Engagement Global wird für das Europäische Jahr der Entwicklung 2015 diejenige nationale Stelle sein, die diese Mittel verwaltet und vergibt. Die Mittel werden um 20 Prozent durch das BMZ erhöht und noch einmal um 20 Prozent aus Bundesmitteln des BMZ-Referats für Bildungs- und Öffentlichkeit. Es soll keine hochtrabenden Konferenzen geben, die über EU-Mechanismen diskutieren, sondern bürgernahe Veranstaltungen, damit die Bevölkerung erfährt, dass es ein Euro-

päisches Jahr der Entwicklung gibt. Ziel ist es, in die Fläche zu gehen, z.B. mit den Landesnetzwerken als zivilgesellschaftliche Partner. Brandenburg ist für Krake Vorbild hinsichtlich der Zusammenarbeit des Landesnetzwerkes mit dem MWE.

Barbara Richstein (MdL, CDU, Vorsitzende des Ausschusses für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik des Landes BRB) erläutert, wie sie das Jahr der Entwicklung aus parlamentarischer Perspektive sieht. Sie konstatiert, dass die Europajahre bzw. -mottos sich nicht am Parlament orientiert hätten. Der Ausschuss des Parlaments wird nicht regierungsseitig beteiligt, sondern er selbst ruft das Ministerium auf, zu berichten. Charmant findet sie die Idee, dass sich der Landtag selbst mit der EU beschäftigt. Es ist ein mediales Verbreitungsproblem, weil Europa bedauerlicherweise zumeist dann in die Öffentlichkeit gerät, wenn es Skandale gibt.

Die Information und Anregung zum Europäischen Jahr der Entwicklung 2015 kam von Minister Christoffers bereits recht früh im April 2014. Die inhaltliche Befassung und die Debatte, auch über die finanziellen Mittel, sollten auch in anderen Fachausschüssen – nicht allein im Europaausschuss – geführt werden. Es gibt immer aktuelle Europathemen. Interessant in diesem Spektrum wäre eine Zusammenführung der Kooperationen mit Polen und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Aus der Diskussion

Uwe Prüfer weist auf das fortzuschreibende Konzept der AG Kommunikation und auf seine Ergänzung im Hinblick auf die Kooperation mit Polen hin. Roald Matscheroth berichtet kurz über das Treffen am 11. Juni 2014 in Frankfurt (Oder), an dem zwölf vorwiegend lokale Stakeholder, wie z.B. die Universität Viadrina, das Europazentrum, die UNESCO-Projektschulen oder auch das Quartiersmanagement, teilnahmen. Kernidee war die Erstellung eines Veranstaltungs-

kalenders, in den Initiativen wie Stadtfeste oder das Hansefest – die ohnehin geplant sind – integriert werden. Auch der Blick auf Polen wird neue Möglichkeiten aufzeigen.

Jens Ullmann regt an, das Thema nicht nur im Ausschuss, sondern im Parlament zu erschließen. Barbara Richstein weist auf die Möglichkeiten im Rahmen einer aktuellen Stunde hin. Damit würde das Thema zum ersten Mal öffentlich behandelt. Hier könnte, so Uwe Prüfer, an das Kommunikationskonzept angeknüpft werden. Als Kommunikationsexpertin angesprochen, wie das Ganze vermittelt werden könnte, berichtet Marita Goga (Staatskanzlei), dass bereits verschiedene Konzepte vorlägen. Neben den genannten Strategiepapieren gibt es z.B. auch eine Verbraucherstrategie. Sie fragt, ob es Sinn ergebe, sich auf ein Fachleitbild zu fokussieren und ob die Maßnahmen in die Praxis gehen. Da es nur geringe Mittel gebe, sollte man bewusst damit umgehen und nachhaltige Initiativen/Veranstaltungen unterstützen. Für sie fehlt das Muster oder Motto, das alles verbindet.

Marianne Ballé Moudoumbou begrüßt die Absicht, das Motto des Ministers "Lampedusa steht vor der Tür" den Bürgerinnen und Bürgern näherzubringen, weil sich fast jeder damit identifizieren kann. Die Idee ist, für ganz Brandenburg einen Online-Kalender einzurichten, um die Veranstaltungen und Aktionen sichtbar zu machen. Dr. Albert Statz fragt, wie die Zuordnung funktionieren soll und merkt an, dass es Chancen, aber auch Grenzen der Synergieeffekte gibt. Das Europäische Jahr der Entwicklung sollte nicht nur als Geldquelle gesehen werden. Eine Veranstaltung des Landtages soll Schnittmenge zwischen EU- und Länderebene aufzeigen.

Dr. Manuela El-Khatib (MIL) gibt zu bedenken, dass die Politikkohärenz ständig gefordert ist. Dies bedeutet auch, Geldgeber sensibel und kritisch zu beleuchten. Sie fordert dazu auf, ressortübergreifende Cluster zu bilden und Einsichten in einem iterativen Prozess zu subsummieren. Gerold Fierment (Brandenburg 21 e. V.) fordert die Einbeziehung von Initiativen und Vereinen, die nicht in den Round Table eingebunden sind, wie z.B. Agenda-Gruppen. Auch wenn sie bislang getrennt agiert haben – auch vom VENROB –, gebe es eine Beziehung zwischen lokalen Initiative und internationaler Politik. Michael Preuß merkt an, dass das Europäische Jahr der Entwicklung nicht selbsterklärend sei. Man müsse genau überlegen, mit welcher Erläuterung man damit in die Öffentlichkeit geht. Sie werden im LISUM und im MBJS dazu beitragen.

Die den Stakeholdern vorab vorgelegte Resolution zur Unterstützung des Europäischen Jahres der Entwicklung 2015 wird mit einigen kleineren redaktionellen Änderungen versehen. Anschließend erfolgt eine Akklamation (Resolution im Heft).

3. Zukunftscharta "EINE WELT – Unsere Verant-wortung" des BMZ

Michael Krake (BMZ) erläutert, dass die Zukunftscharta als Plattform dienen soll. Es soll herausgefunden werden, was den Stakeholdern aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik gemeinsam wichtig ist. Die in diesem Prozess erarbeiteten Erkenntnisse sollen den Ausgangspunkt für die Umsetzung der Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung bilden. Die Diskussionen hierzu werden innerhalb der vier Dimensionen von Nachhaltigkeit in fünf Themenpartnerschaften

geführt. Die Auftaktveranstaltung fand im April 2014 statt. In verschiedenen Foren wird an der Vertiefung der Dimensionen gearbeitet, so z.B. in Potsdam an der "Ökologischen Dimension zur Nachhaltigkeit" am 3. Juli 2014. Alle Stakeholder des Round Table sind dazu herzlich eingeladen. Der Dialogprozess ist transparent, echte Diskussionen finden in den Foren statt. Als Ergebnis wird eine gemeinsame Zukunftscharta mit handlungsorientierten Beispielen, Partnerschaften zwischen Wirtschaft und Zivilgesellschaft etc. erwartet, um zu zeigen, dass wir nicht nur reden, sondern ganz konkrete Vorschläge haben. Am Ende steht der "Markt der Engagierten" am 24. November 2014 mit Kanzlerin Merkel an der Spitze. Dort wird versucht, Kohärenz in der Politik herzustellen. Es sollen nicht nur Unterschiede aufgezeigt, sondern ein Konsens gefunden werden. Krake appelliert an die Teilnehmer, sich einzubringen. Es werden sicherlich nicht alle Vorschläge aufgenommen, aber zumindest alle ausgewertet.

Aus dem Online-Dialog, aus den einzelnen Sitzungen/Sessions wie auch in den Foren lassen sich Konsenslinien herausfiltern. Es gibt fünf Verantwortliche für die einzelnen Foren, deren Aufgabe es ist, gemeinsam einen Textbaustein zum Konsens – unter Berücksichtigung des Dissens – zu erarbeiten. Zum Auftakt waren 700 Organisationen eingeladen, davon sind 400 gekommen. Das soll gesteigert werden. Im Bereich der Bund-Länder-Kommission und dem Deutschen Städtetag wird versucht, kommunale Themenpaten ausfindig zu machen, evtl. über den Kreis der Stakeholder.

Der Entwicklungsdienst der Evangelischen Landeskirche

Dr. Patrick Roger Schnabel

"Die Kirche hat heute die Aufgabe, für eine weltweite verantwortliche Gesellschaft zu arbeiten. Angesichts der Nöte der Welt selbstzufrieden zu sein, bedeutet, der Häresie (Irrlehre) schuldig zu werden."

Mit diesen Sätzen wandte sich 1968 der Weltkirchenrat (ÖRK) an seine Mitgliedskirchen. Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) reagierte noch im selben Jahr mit einem Appell an alle Landeskirchen, zwei Prozent ihres Kirchensteueraufkommens für Entwicklungszusammenarbeit und international-ökumenische Diakonie zur Verfügung zu stellen. Mit diesen nicht unerheblichen Mitteln sollten die beiden kirchlichen Entwicklungswerke unterstützt werden: Brot für die Welt, das 1959 gegründet worden war und sich bis dahin ausschließlich über Spenden und Kollekten finanzierte, und die Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe, die 1962 gegründet worden war und hauptsächlich über staatliche Mittel refinanziert wurde. Der Appell wurde umgesetzt: 1,5 bis 2 Prozent des Kirchensteueraufkommens dienen der "Bekämpfung von Armut, Hunger und Not und deren Ursachen". Der Kirchliche Entwicklungsdienst (KED) ist eine anerkannte Gemeinschaftsaufgabe der EKD und ihrer Gliedkirchen

Für die meisten Landeskirchen, darunter auch die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-

schlesische Oberlausitz (EKBO), ist es wichtig, dass es dabei nicht nur um die Förderung von Projekten "in Übersee" geht, sondern dass globale Entwicklung ein Anliegen auf allen kirchlichen Ebenen ist. Ein Teil der KED-Mittel fließt darum auch in die Inlandsarbeit, deren Schwerpunkt die entwicklungspolitische Bildung (Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung) ist. Der Kirchliche Entwicklungsdienst der Landeskirche ist in deren Ökumenischem Zentrum angesiedelt und Teil des Berliner Missionswerks, das heute als "Außenamt" der Kirche die weltweiten ökumenischen Kontakte und Partnerschaftsbeziehungen pflegt. Dadurch ist sichergestellt, dass sich die Bildungsarbeit nicht von der partnerbasierten Entwicklungszusammenarbeit im "globalen Süden" abkoppelt, sondern praxisnah bleibt. Der KED-Referent hat deshalb traditionell auch immer einen eigenen Länderschwerpunkt, anfangs Äthiopien, nun seit vielen Jahren Kuba.

Gemeinsamkeiten statt Gegensätze kommunizieren

Auf der Bundesebene hatte sich seit den 1960er Jahren eine Vielzahl spezialisierter kirchlicher Entwicklungsorganisationen gebildet. In den 1990er Jahren begannen Strukturreformen, die die kirchliche EZ schlanker und effizienter machen soll-

ten. In den 2000er Jahren kam schließlich die Erkenntnis hinzu, dass sich heute globale Probleme und Herausforderungen nicht mehr nach "Industrienationen" und "Entwicklungsländern", "Nord" und "Süd" trennen lassen, sondern die gemeinsame Arbeit an gemeinsamen Lösungen notwendig ist. Der Satz von 1968, "Die Kirche hat heute die Aufgabe, für eine weltweite verantwortliche Gesellschaft zu arbeiten.", wurde wiederentdeckt. Ein Ergebnis dieses Bewusstwerdungsprozesses war die Fusion von Diakonie Deutschland mit den kirchlichen Entwicklungswerken zum "Evangelischen Werk für Diakonie und Entwicklung", das 2012 seinen Sitz am Nordbahnhof in Berlin bezog. Die internationale Säule des Werkes heißt nun: "Brot für die Welt -Evangelischer Entwicklungsdienst".

Kräfte effizient bündeln

Für den Kirchlichen Entwicklungsdienst der Landeskirche ergeben sich aus der Nachbarschaft der großen Schwester neue Chancen: Wege sind kürzer, Abstimmungen leichter, Ressourcen können gebündelt werden. Schon nach zwei Jahren macht sich das im Arbeitsalltag bemerkbar und hilft, die Anliegen der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit auch innerhalb der Landeskirche, ihren Kirchenkreisen und Gemeinden mit neuer Kraft zur Geltung zu bringen.

Als ich Anfang des Jahres das KED-Referat übernahm, sah ich neben der Vertiefung dieser Zusammenarbeit noch zwei weitere Notwendigkeiten: einerseits die bessere Vernetzung mit den anderen Akteuren kirchlicher EZ im Raum der Landeskirche, andererseits die darüber hinausgehende Vernetzung der kirchlichen Arbeit mit der Zivilgesellschaft, insbesondere in Brandenburg. Angesichts der vergleichsweise geringen personellen und finanziellen Ressourcen, die wir entwicklungspolitisch Engagierten zur Verfügung haben, hängt die Wirkung stark von einer guten Zusammenarbeit ab. Erfreulicherweise gibt es innerkirchlich inzwischen

einige Arbeitsbereiche, die als Ansprechpartner für entwicklungspolitische Anliegen infrage kommen:

- Neben dem Kirchlichen Entwicklungsdienst ist das innerhalb des Ökumenischen Zentrums vor allem das Referat für Gemeindedienst des Berliner Missionswerks, das sich für die Anliegen des Globalen Lernens einsetzt – insbesondere im Zusammenhang mit den vielen ökumenischen Partnerschaften mit Kirchen im Globalen Süden.
- Seit Herbst 2014 ist auch beim Diakonischen Werk eine "Referentin für Ökumenische Diakonie" angesiedelt, die anhand der Arbeit der Spendenmarke "Brot für die Welt" entwicklungspolitische Bildung betreibt.
- In der Bildungsabteilung des Konsistoriums (Kirchenverwaltung) ist zur gleichen Zeit eine neue Stelle für Globales Lernen im Religionsunterricht eingerichtet worden.
- In dem 2014 beschlossenen Umweltkonzept der Landeskirche wird u.a. auch die Zielsetzung ökofairer Beschaffung formuliert, sodass auch das Umweltreferat zum weiteren Kreis der Ansprechpartner gehört.
- Schließlich gibt es in der Synode ("Kirchenparlament") die Fachausschüsse für den Kirchlichen Entwicklungsdienst und für "Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung".

Umgang mit kirchlichem Pachtland

Eine wichtige Aufgabe für den KED wird es sein, diese verschiedenen Arbeitsebenen miteinander ins Gespräch zu bringen und weitere kirchliche Arbeitsbereiche in diesen entwicklungspolitischen Diskurs einzubinden. So soll am 2. September 2015 eine Veranstaltung zum verantwortlichen Umgang mit kirchlichem Pachtland vor dem Hintergrund ökologischer und entwicklungspolitischer Herausforderungen stattfinden, die unter Beteiligung des Bischofs zusammen mit dem landeskirchlichen Referat für Grundstücke, Immobilien und Forstwirtschaft, der Evangelischen Akademie und Brot für die Welt durchgeführt wird. Dabei geht es auch um die Frage, inwieweit Land Grabbing nicht nur ein Problem des Südens ist, sondern angesichts massiver Nachfrage nach Biosprit und Biomasse auch unsere bäuerliche und ökologische Landwirtschaft an den Rand drängt.

Vernetzung in Brandenburg

Auch die Vernetzung mit außerkirchlichen Akteuren muss sich in konkreter Kooperation niederschlagen. Deshalb organisieren der KED, die Evangelische Akademie, VENROB und der entwicklungspolitische Referent des Landes Brandenburg am 22. und 23. Januar 2015 eine Netzwerktagung "Entwicklungspolitik in Brandenburg", die im Rahmen des

Europäischen Jahres für Entwicklung stattfindet. Darüber hinaus hat die Evangelische
Kirche ihre Bereitschaft signalisiert, den
geplanten Einstieg des Landes Brandenburg
in das Promotorenprogramm des BMZ durch
die Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln
aus der Personalkostenförderung von Brot
für die Welt zu flankieren. Wenn sich dieses
Vorhaben realisieren ließe, könnten zusätzlich zu den fünf "rein staatlich" finanzierten
Stellen noch drei "kirchlich kofinanzierte"
Stellen hinzukommen. Mit VENROB wird
abgestimmt, wie diese zusätzlichen Fachkräfte für Globales Lernen das Promotorenprogramm möglichst gut ergänzen können.

Sowohl das Europäische Jahr für Entwicklung 2015 als auch das Themenjahr "Reformation und Eine Welt" 2016 – unmittelbar vor dem 500-jährigen Reformationsjubiläum 2017 – bieten gute Chancen, entwicklungsbezogene Themen einer breiteren Öffentlichkeit nahezubringen. Der Kirchliche Entwicklungsdienst in Berlin und Brandenburg hat ein großes Interesse, sich dieser Aufgabe im Verbund mit möglichst vielen anderen Akteuren zu stellen.



Dr. Patrick Roger Schnabel

geb. 1977, Studium der Theologie in Bethel, St Andrews und Göttingen sowie Religionsverfassungsrecht und Europarecht in Göttingen und Potsdam, Doktor beider Rechte; 2007–2011 Stellvertretender Leiter und Juristischer Referent des Bevollmächtigten des Rates der EKD in Brüssel, 2011–2014 Pfarrer im Kirchenkreis Wittstock-Ruppin und Dozent am Evangelischen Institut für Kirchenrecht, Universität Potsdam. Seit 2014 Leiter des Kirchlichen Entwicklungsdienstes der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz.

www.ekbo.de

Was hat Entwicklungspolitik mit nachhaltiger Entwicklung zu tun?

Bernd Nilles

Das Europäische Jahr für Entwicklung 2015 soll uns Bürgern, die wir in Europa leben und arbeiten, Möglichkeiten aufzeigen, uns für alternative Entwicklungswege zu engagieren. Um zu sehen, dass es sich lohnt, für globale Gerechtigkeit zu arbeiten, muss man meist weit reisen, z.B. nach Guatemala. Es ist aber nicht damit getan, in ein Flugzeug zu steigen. Auch vor Ort sind weite Wege zu gehen, um dahin zu kommen, wo die Menschen leben, die wir unterstützen und mit denen wir als katholische Hilfswerke zusammenarbeiten.

Schlechte Straßen durch unwegsames Gelände sind keine Überraschung. Diese tritt eher auf, wenn plötzlich in der Nähe unserer Partner – fernab von großen Städten – perfekt gebaute Landstraßen auftauchen. Dann ist es nicht mehr weit bis zu den Menschen, die von Industrieprojekten und Großplantagen betroffen sind. Diese Straßen führen zu den Bergbauminen und Plantagen, die im ganzen Land wie Pilze aus dem Boden sprie-Ben. Auf den letzten Metern zu den Dörfern rund um die Mine La Puya hält unser Bus und lässt uns zu Fuß durch die Hundertschaften der Militärpolizei zur Comunidad en Resistencia laufen. Dort findet heute der Gottesdienst zu Fronleichnam statt – in einem offenen Zelt nahe der Mine. Es erwarten uns Hunderte Dorfbewohner und einige Pfarrer der Region, um mit der Delegation der CIDSE – der internationalen Allianz 17 katholischer Hilfswerke

aus Europa und Nordamerika – die Messe zu feiern. Eine Messe der Solidarität, denn der Bergbau findet ohne jede Beteiligung der Bevölkerung vor Ort statt. Die Regierung hat die Lizenz erteilt ohne internationale Regeln zu beachten und ohne die einfachsten demokratischen Grundprinzipien zu wahren. Neben den privaten Sicherheitsdiensten der Konzerne sind Polizei und Militärs die einzigen staatlichen Akteure, die die Regierung zu den Menschen vor Ort entsendet.

Bürger gegen Konzerne

Die Bürger vor Ort haben die Straße gesperrt und verlangen vor der Freigabe erst angehört zu werden. Sie fordern, dass die Mine überprüft wird, denn Gutachter haben Arsen im Wasser gefunden, das von der Mine stammt. Die hier lebenden Menschen wollen nicht, dass der Staat das Land an internationale Konzerne ausverkauft, um den Hunger der weltweiten Konsumenten nach Ressourcen wie Gold, Silber, Mineralien, Öl oder Gas zu befriedigen. In ganz Guatemala gibt es bisher kein einziges Beispiel eines Bergbauprojektes, das den Menschen vor Ort irgendeinen Vorteil gebracht hätte. Die Gewinne gehen an andere. Die Bauern vor Ort dagegen verlieren ihr Land, vielfach ohne Entschädigung. In Zeitungsberichten ist zu lesen, dass radikale Aktivisten, Kommunisten und Terroristen sich der Entwicklung des Landes in den Weg stellen. Doch in La Puya ist es die örtliche katholische Gemeinde.

Entwicklungspolitik umfasst weiterhin die sogenannte technische Hilfe, die Unterstützung von Landwirtschafts-, Gesundheits- und Bildungsprojekten. Sie ist ein wichtiger Ausdruck von Solidarität. Aber der Begriff "Solidarität" hat sich weiterentwickelt. Heute bedeutet er darüber hinaus die Bekämpfung der Ursachen von Armut und Ungerechtigkeit. Was nützt der "Hilfe-zur-Selbsthilfe-Ansatz", was nützen bessere Agrartechniken, wenn Konzerne oder klimatische Veränderungen alles wieder zunichtemachen? Wem ist geholfen, wenn "Entwicklung" in Form von Bergbau und Monokulturen für den Export von Biosprit über Menschen hereinbricht, ohne dass sie Einfluss darauf haben?

Entwicklungspolitik ist heute viel mehr. Es geht um die Unterstützung von Menschen, die sich für eine bessere Zukunft vor Ort engagieren. Menschen, die verwundbar sind gegenüber Staatsgewalt, Konzernen und Naturkatastrophen. Und es geht darum, rechtliche und politische Rahmenbedingungen zu schaffen, die negative Folgen falscher Politik und schädlicher Industrieprojekte verhindern. Ein Beispiel dafür sind die Verhandlungen bei den UN in Genf. Sie fanden statt, während wir in Guatemala bei unseren Partnern vor Ort waren, z.B. um die UN-Zeugenaussagen zu übermitteln, die belegen, wie Konzerne die Menschenrechte verletzen. Auch der Vatikan hatte sich eingeschaltet und ist gemeinsam mit uns für ein für Staaten und Konzerne gleicherma-Ben verpflichtendes UN-Abkommen eingetreten. Demnach gilt auch für Konzerne die verbindliche Einhaltung der Menschenrechte. Bis heute basiert dies leider nur auf Freiwilligkeit. Während die UN tagte, stieg die Spannung auch in Guatemala. Gerade war es noch die Fußball-WM, die uns in den Bann gezogen hatte, nun das Warten auf das Abstimmungsergebnis aus Genf. Die CIDSE-Delegation in Genf meldete in Guatemala den Erfolg. Gegen die Stimmen der EU- Mitgliedstaaten und der USA hat sich eine Mehrheit für Verhandlungen über verpflichtende Regeln entschieden.

Unser Wirtschaftsmodell auf dem Prüfstand

Wir müssen in unserer Arbeit aber noch einen Schritt weiter gehen. Denn die Ursachen für das Leid armer Menschen und für Umweltzerstörungen haben auch systemischen Charakter. Unser heutiges Wirtschafts- und Konsummodell, unsere Lebensstile sind nicht für diesen Planeten ausgelegt. Das Wissen darum ist nicht neu: Schon beim UN-Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro wurde gefordert, die Politik auf die Interdependenz ökologischer, ökonomischer und sozialer Problemdimensionen auszurichten sowie Produktion und Konsum den planetarischen Grenzen anzupassen. Offensichtlich waren diese Beschlüsse nicht ausreichend. Im Gegenteil, die wirtschaftliche Globalisierung hat dazu geführt, dass sich unsere im Norden gepflegte, auf Wachstum basierende Wirtschafts- und Konsumweise weiter ausgeweitet hat. Denn auch Entwicklungs- und Schwellenländer haben diese übernommen. Doch gerade die Armen leiden unter den Nebenwirkungen derartiger Wachstumsstrategien und Produktionsweisen. Globale Gerechtigkeit erfordert somit auch, die Defizite der aktuellen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitskonzepte anzugehen. Heute gilt als weitgehend anerkannt, dass ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts nicht automatisch zu besseren Lebensbedingungen für alle führt und dass der Konsum nicht lebensnotwendiger Güter den Lebensstandard über einen bestimmten Punkt hinaus nicht verbessert.

Aufbauend auf der Frage, welche Impulse zu systemischen Veränderungen beitragen können, gilt es, die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen und damit die Veränderung der Lebensstile in den Mittelpunkt von Kampagnen und Aktionen zu stellen. Dabei geht es unter anderem darum, die Folgen des Überkonsums begrenzter Ressourcen

deutlich zu machen und anzuerkennen, dass es nicht nur um eine effizientere und saubere Nutzung geht, sondern auch um deren Begrenzung, um ein Weniger. Ein Ansatz kann sein, mithilfe engagierter Bürger und bestehender Solidaritätsgruppen ressourcenarme Lebenstile zu testen und zu verbreiten. Es geht darum, Wissen und Solidarität in messbare Veränderung umzusetzen. Auch in Deutschland und in Brandenburg.

Was macht die CIDSE?

Was die CIDSE seit 50 Jahren auf internationaler Ebene ist, ist in Deutschland seit 1958 MISEREOR mit Sitz in Aachen und weiteren Büros in Berlin und München, MISEREOR ist ein bundesweites Hilfswerk, das gemeinsam mit einheimischen Partnern Menschen jeden Glaubens, jeder Kultur, jeder Hautfarbe unterstützt in über 100.000 Projekten in Afrika, Asien, Ozeanien und Lateinamerika. Gemeinsam mit MISEREOR engagieren sich in ganz Deutschland Menschen in Solidarität, für Gerechtigkeit, für Menschenrechte, gegen den Klimawandel und auch für einen Wandel der Lebenstile. Dazu gehören zum Beispiel Aktionen wie "Gut leben. Für alle!" (www.gutesleben-fueralle.de), "Kritischer Konsum" (www.kritischerkonsum.de), "Zukunft einkaufen" oder "Umkehr zum Leben. Den Wandel gestalten".

MISEREOR ist aktiv im Erzbistum Berlin – zu dem auch Brandenburg gehört –, das eine Stabsstelle Weltkirche unterhält, und arbeitet mit vielen Weltläden in Deutschland wie dem Weltladen Puerto Alegre in Frankfurt (Oder) zusammen. Beteiligungsmöglich-

keiten variieren und reichen von eigenen Aktionen wie "Coffee- bzw. Cocktail Stop" über "Soliläufe" und Diskussionsrunden zu Unterschriftenaktionen (mehr dazu unter www.misereor.de/aktionen.html). Ansprechpartner_innen sind für Brandenburg vor allem die Kolleg_innen im Berliner Büro.

All diese Aktionen fließen in unsere Arbeit für die Formulierung neuer globaler Entwicklungsziele als Nachfolge zu den Millennium Entwicklungszielen ein. Diese neuen Ziele werden von den Regierungen der Welt 2015 verabschiedet. Sie sollen für alle Länder der Erde gelten, nicht nur für den Süden. Ziele, die den Herausforderungen gerecht werden müssen, vor denen wir stehen: Ungleichheiten innerhalb und zwischen Gesellschaften - in Nord wie Süd - nehmen zu: Neben der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich leiden weiterhin eine Milliarde Menschen an Hunger bzw. unter extremer Armut. Trotz aller Klimakonferenzen und Investitionen in erneuerbare Energien entstehen mehr Treibhausgase als je zuvor. Der Ressourcenverbrauch und der Kampf um Zugang zu natürlichen Ressourcen wächst, weltweit stoßen wir an ökologische Belastungsgrenzen. Unser Modell einer ressourcenintensiven und auf CO₂-Ausstoß basierenden Industrialisierung funktionieren nicht in globalem Maßstab.

Auf europäischer Ebene bietet das Jahr 2015 die Möglichkeit, sich im Rahmen des Europäischen Jahres für Entwicklung für alternative Entwicklungswege zu engagieren. Mehr Informationen dazu unter: www.concordeurope.org/civil-society/engaging-citizens/item/322-eyd2015-engaging-citizens-forglobal-justice.

Bernd Nilles

Diplom Sozial- und Politikwissenschaftler; sechs Jahre Kampagnenkoordinator und Referent für Entwicklungspolitik beim Bischöflichen Hilfswerk Misereor; ab 2005 bei der Landesregierung Nordrhein-Westfalen zuständig für Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsfragen; seit 2008 Generalsekretär des internationalen Sekretariat von CIDSE in Brüssel; Schwerpunkte: Ernährungssicherheit, Klimawandel, Unternehmensverantwortung, Entwicklungsfinanzierung/Finanzsystem, Nachhaltigkeit, Menschenrechte und Geschlechtergerechtigkeit auf EU- und UN-Ebene.

www.cidse.org



Ideen für eine moderne Kampagne im Europäischen Jahr der Entwicklung 2015

Dr. Jan-Hendrik Kamlage

Das Europäische Jahr der Entwicklung 2015 zielt darauf ab, eine breite Öffentlichkeit über wichtige Themen der Entwicklungspolitik zu informieren, zu sensibilisieren und zu mobilisieren. Ein schwieriges Unterfangen in Zeiten von großen internationalen Konflikten wie zwischen der Ukraine und Russland und dem andauernden "Kampf gegen den Terror", der in Syrien und im Irak vonstattengeht. Die öffentliche Agenda – so viel scheint sicher – ist nur schwer mit den Themen und Anliegen der Entwicklungspolitik zu besetzen.

Gerade in dieser Zeit sollen die Bundesländer das Europäische Jahr der Entwicklung planen und Kampagnen entwickeln, um die Deutschen über die Entwicklungspolitik der EU und wichtige Grundsatzfragen zu informieren und bestenfalls auch für dieses Anliegen zu mobilisieren. Die Fragen, die sich dabei stellen, lauten: Welche Möglichkeiten bietet die klassische PR-Kampagne, um dieses Ziel zu erreichen, und kann Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement dazu einen Beitrag leisten und wenn ja, welchen?

Die klassische PR-Kampagne

Was verstehen wir eigentlich unter einer klassischen PR-Kampagne? Ganz allgemein kann man sagen, dass Kampagnen das Ziel verfolgen, die Aufmerksamkeit bestimmter Gruppen in der Bevölkerung für ein gewisses Anliegen zu erreichen. Nach Röttger sind es: "dramaturgisch angelegte, thematisch begrenzte, zeitlich befristete kommunikative Strategien zur Erzeugung öffentlicher Aufmerksamkeit [...], die auf ein Set unterschiedlicher kommunikativer Instrumente und Techniken – werbliche Mittel, marketingspezifische Instrumente und klassische PR-Maßnahmen – zurückgreifen" (Röttger 2002:15). Kampagnen dieser Art sind zumeist top down geplant und organisiert, kosten- und personalintensiv und an den Logiken des Mediensystems orientiert.

Konkret: Die Inhalte der Kampagnen sind angepasst an die Auswahl- und Berichterstattungspraxis sowie an die Ereignisstruktur des Mediensystems. Ziel ist dabei die Resonanz der Medien zu erreichen, um massenmedial vermittelte Aufmerksamkeit bei den Zielgruppen zu wecken. Ohne Dramatisierung und Inszenierung der Inhalte sind Kampagnen nicht mehr denkbar. Die Inszenierungsspirale ist in vollem Gange und Verwaltungen, Vereine und andere Organisationen des intermediären Bereiches drehen ordentlich mit (vgl. Jarren / Röttger 2005: 30). Neben der Generierung von Aufmerksamkeit zielen Kampagnen darauf ab, Vertrauen, Glaubwürdigkeit und Zustimmung und bestenfalls Anschlusshandeln für die Ziele der Organisationen zu erzeugen (Röttger 2002).

Die Bedingungen, unter denen Kampagnen heute geplant und umgesetzt werden, haben sich stark verändert. In der Aufmerksamkeitsökonomie Einfluss auf die Medienagenda zu bekommen und die Zielgruppen zu erreichen ist schwieriger geworden. Die Anzahl der Medien und Akteure nimmt stetig zu, Leitmedien nehmen an Relevanz ab, soziale Milieus differenzieren sich weiter aus und die Diffusion von Inhalten in die Bevölkerung ist dabei nur noch sehr schwer zu erreichen. Investitionen in einzelne Kampagnen sollten daher gut überlegt sein, weil sie sich in einem harten Wettbewerb der Botschaften um Aufmerksamkeit befinden und immer öfter die gesteckten Ziele verfehlen.

Was also tun, wenn die Mittel für eine klassische PR-Kampagne fehlen? Wenn man nicht gewillt ist, die Inszenierungsspirale der Medien mitzuspielen, um ein wichtiges und ernstes Thema durch Fürsprache an die Bevölkerung zu vermitteln, das zuweilen abstrakt und weit entfernt scheint?

Dialogorientierte Bürgerbeteiligung

Ein mögliches Potenzial bieten dabei Bürgerbeteiligungsprozesse und Mitmachangebote, die sinnvoll in die Kampagnenplanung und -umsetzung eingebaut werden. Dabei unterscheide ich zwischen dialogorientierten Beteiligungsformen einerseits und Möglichkeiten zum Engagement wie Mitmach- und Aktionsangeboten andererseits.

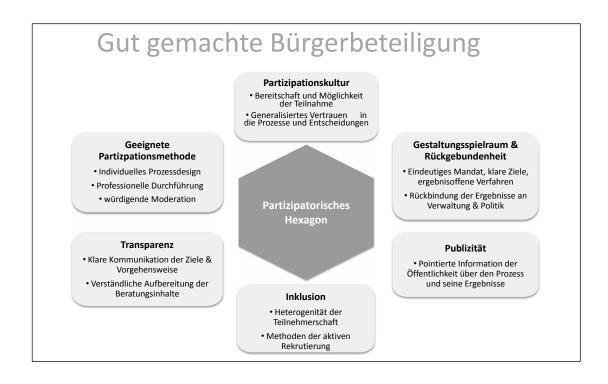
Zunächst: Was bedeutet "dialogorientierte Bürgerbeteiligung"? In solchen Verfahren werden Bürgerinnen und Bürger, zivilgesellschaftliche Akteure, Stakeholder und Entscheidungsträgerinnen und -träger frühzeitig im Prozess zusammengebracht. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen der Austausch von Argumenten mit dem Ziel einer gemeinschaftlichen Willensbildung und idealerweise einer anschließenden konsensualen Entscheidungsfindung. In Diskussionen wägen die Beteiligten alternative Positionen ab,

unter der Prämisse, andere Standpunkte zu berücksichtigen (vgl. Fung 2003: 340). Diese teilweise komplexen Verfahren durchlaufen oft mehrere Runden und sind angewiesen auf die Unterstützung von Moderatorinnen und Moderatoren sowie Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis.

Es gibt heute ein Vielzahl gängiger Verfahren und Methoden dialogorientierter Bürgerbeteiligung wie Bürgerversammlungen, Runde Tische, Bürger innenräte, Planungszellen, die weltweite Verbreitung gefunden haben - ergänzt um eine zunehmende Zahl von onlinegestützten Beteiligungsverfahren (vgl. Fritsche / Nanz 2012; Internationale Beteiligungsplattform Particepedia 2014). Die verschiedenen Formate unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Zielsetzungen, der Dauer (ein Tag bis mehrere Monate), ihrer Teilnehmerzahl (von zehn bis mehreren Tausenden) sowie der Rekrutierung und Auswahl der beteiligten Bürgerinnen und Bürger (Selbstselektion, zufällige oder gezielte Auswahl). Hierzulande dienen Beteiligungsprozesse vornehmlich der Information und Mobilisierung der Öffentlichkeit und Gesellschaft sowie der Beratung von Entscheidungsträgerinnen und -trägern in Politik und Verwaltung.

Beispiele aus der Praxis

Die Formate der dialogorientierten Bürgerbeteiligung eigenen sich insbesondere zur Ideengenerierung, Strategieentwicklung und Gestaltung einer dezentral geplanten und regional ausgerichteten Kampagne. Im österreichischen Vorarlberg beispielsweise wird das Kleinformat der Bürger_innen-Räte angewandt. Dazu werden 12 bis 15 Bürger und Bürgerinnen zufällig ausgewählt. Die beraten über anderthalb Tage zu wichtigen Zukunftsthemen der Gemeinschaft und liefern durchdachte Ergebnisse und Empfehlungen. Bürger_innen-Räte sind mit geringem organisatorischen Aufwand und finanziellen Kosten verbunden. Die Moderationsmethode der Räte erzeugt eine würdigende und vertrauensvolle Beratungsatmosphäre und



eine "Kultur des Miteinanders". Die Zufallsauswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sichert die Anerkennungswürdigkeit des Beteiligungsprozesses und seiner Ergebnisse. Das Format kann als Teil einer integrierten Kampagne z.B. mit Formen der Onlinebeteiligung und Aktivitäten in sozialen Netzwerken verknüpft werden. Wenn die Planung gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern sowie regionalen Stakeholdern entwickelt wird, werden dadurch bereits die ersten Meinungsführer, Pioniere des Wandels und Kommunikationskanäle der Organisationen für die Kampagne gewonnen, die zur späteren Vermittlung der Inhalte und Mobilisierung an die Öffentlichkeit aktiviert werden können.

Darüber hinaus bauen Prozesse der dialogorientierten Beteiligung auf das Wissen der Vielen. Bürgerinnen und Bürger bringen Alltagswissen, einen unverstellten Blick und ihr lokales Wissen ein, Vertreterinnen und Vertreter aus Vereinen, Unternehmen und andere Stakeholder nötiges Fachwissen und Verbreitungskanäle. Durch die Beteiligung von Bürgerschaft und Stakeholdern unter der Schirmherrschaft der Verwaltung kann also eine erfolgreiche Kampagne entwickelt werden.

Mitmachangebote für alle

Neben den Beteiligungsprozessen zur Planung und Umsetzung einer Kampagne, bietet es sich an, Angebote zum Mitmachen für die Bürgerinnen und Bürger zu entwickeln. Allein rund 50.000 Bremerinnen und Bremer nahmen beispielsweise im September 2014 am autofreien Tag in der Stadtgemeinde teil. Im Netzwerk der Veranstalter befanden sich viele lokale Partner wie der ADFC, Bremer Verkehrsbetriebe, BUND, VCD etc. (ADFC 2014). Deutschlandweit schlossen sich über 50 Städte und Gemeinden dem Aufruf der europäischen Union und des Klimabündnisses zur Woche der Mobilität "'Saubere Luft für alle' – Nachhaltige Mobilität an sieben Tagen" an (vgl. Klimabündnis 2014). Aktionstage wie diese informieren, sensibilisieren und mobilisieren Teile der Bevölkerung, die Medien berichten über das Ereignis und der lokale Zusammenhalt und die Identifikation werden gefördert.

Ähnliche Formate sind auch für die Entwicklungspolitik denkbar. Darüber hinaus bietet sich an, einen Ideenwettbewerb zum Thema lokale und regionale Entwicklungspolitik zu veranstalten. In Österreich beispielsweise wurde im "Europäischen Jahr der Freiwilligkeit" ein "Ideenkanal Vorarlberg" veranstaltet (vgl. Ideenkanal 2014). Innerhalb weniger Monate entstanden 40 gemeinnützige Projektideen, von denen fünf im Rahmen des Wettbewerbs weiterentwickelt und umgesetzt wurden. Ziel eines solchen Wettbewerbs wäre es, engagierte Menschen mit guten Ideen, die einen Beitrag zur Entwicklungspolitik leisten, aktiv zu fördern und zu unterstützen. Projekte dieser Art wirken über den Tag hinaus.

Fazit

Bürgerbeteiligung und gute Mitmachangebote können integrale Bestandteile einer dezentralen, bottom-up-geplanten und -umgesetzten Kampagne sein, die Bürger und Bürgerinnen zum Träger der Kampagne machen, die regionale Netzwerke aktiviert, Angebote zum Mitmachen für die Bevölkerung bietet, die Medien anspricht und so erfolgreich informiert, sensibilisiert und mobilisiert.

Literatur

ADFC Bremen (2014), abgerufen unter: http://www.adfc-bremen.de/aktionen-kampagnen/auto-freier-sonntag/autofreier-stadtraum-2014.html.

Brandenburg 21: Verein zur nachhaltigen Lokal und Regionalentwicklung (2014), abgerufen unter: http://www.nachhaltig-in-brandenburg.de/.

Fritsche, Miriam / Nanz, Patrizia (2012): Handbuch Bürgerbeteiligung: Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen, Schriftenreihe Band 1200. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

Fung, Archon (2003): Survey Article: Recipes for Public Spheres: Eight Institutional Design Choices and Their Consequences, Journal of Political Philosophy, 11(3), S. 338–367.

Ideenkanal (2014), abgerufen unter: http://www.ideenkanal.com/de/regionen/vorarlberg/.

Internationale Beteiligungsplattform Participedia (2014), abgerufen unter: http://participedia.net

Jarren, Otfried / Röttger, Ulrike (2005): Public Relations als kommunikationswissenschaftlicher Sicht. na.

Klima-Bündnis (2014), abgerufen unter: http://www.klimabuendnis.org/index.php?id=317&L=1&tx_ttnews[backPid]=316&tx_ttnews[pointer]=2&tx_ttnews[tt_news]=258&tcHash=4833ad1226818f531240bc56e9db178e

Röttger, Ulrike (2002): Campaigns (f)or a better world? In: Dies. (Hrsg.): PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden.

Speth, Rudolf (2007): Über die Inszenierung von Öffentlichkeit durch Kampagnen. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 20(3), S. 18–25.

Dr. Jan-Hendrick Kamlage

Studium der Politikwissenschaften Universität Bremen; in verschiedenen Projekten tätig; seit 2012 freier Politikberater am European Institute for Public Participation (EIPP); seit Juni 2013 Postdoc im Projekt "DEMOENERGIE – Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen" am Kulturwissenschaftlichen Institut Essen (KWI).

www.kwi-nrw.de



Wohin steuert die europäische Flüchtlingspolitik?

Das EU-Grenzregime und der Bruch des Flüchtlingsrechts

Marei Pelzer

Die fluchtauslösenden Krisen in der Welt haben in den letzten Jahren massiv zugenommen. Das UNHCR spricht von der schlimmsten Flüchtlingskrise seit 50 Jahren. Mehr als 50 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Die Zahl der Flüchtlinge wächst täglich in bedrückendem Maß. Allein der Krieg in Syrien hat mehr als neun Millionen Menschen zu Flüchtlingen gemacht: Davon befinden sich drei Millionen Syrer außerhalb ihres Landes – 6,5 Millionen Syrer wurden zu Binnenvertriebenen. Nur ein Bruchteil der syrischen Flüchtlinge schafft es nach Europa. Die Nachbarländer nehmen mit Abstand die meisten Flüchtlinge auf. Mehr als eine Million syrische Flüchtlinge sind im Libanon, fast ebenso viele in der Türkei, mehr als 600.000 Flüchtlinge in Jordanien und 200.000 im Irak sowie 140.000 in Ägypten (Stand September 2014). Diese Zahlen zeigen, dass vor allem die Länder der Herkunftsregion das unfassbare Ausmaß der Flüchtlingskrise zu spüren bekommen. Die EU nimmt nicht einmal einen Bruchteil der betroffenen Menschen auf. Im Jahr 2013 stellten lediglich 50.000 Syrerinnen und Syrer einen Asylantrag in der EU – im ersten Halbjahr 2014 waren es 36.000.

Dass vergleichsweise wenige Flüchtlinge nach Europa fliehen, hängt mit der massiven Abschottungspolitik der EU zusammen. Die syrische Flüchtlingskrise zeigt exempla-

risch wie sich die Festungsmentalität der EU auf Flüchtlinge auswirkt. Syrer steigen auf die Boote und begeben sich in Lebensgefahr auf hoher See, weil ihnen Einreisevisa in die EU verwehrt werden. Die Flucht übers Meer ist jedoch lebensgefährlich. Tausende Flüchtlinge verlieren Jahr für Jahr ihr Leben im Mittelmeer bei dem Versuch, die EU zu erreichen. Verwehrte Einreisevisa; Sanktionierungen von Transportunternehmen für den Fall, dass sie Flüchtlinge in die EU bringen; engmaschige und hoch technisierte Kontrollen der Land- und Seegrenzen: Das sind die Gründe, warum Schutzsuchende nicht gefahrenfrei und sicher in die EU flüchten können.

Lampedusa und die Folgen

Eine konsequentere Seenotrettung wurde erst nach der Katastrophe vor Lampedusa im Herbst 2013 begonnen. Am 3. Oktober 2013 starben 360 Menschen vor der italienischen Insel Lampedusa. Zu Recht löste dieses Massensterben der Hilfe suchenden Flüchtlingen eine breite mediale Reaktion und tiefe Betroffenheit in Europa aus. Trotz des Aufschreis konnte nicht verhindert werden, dass nur eine Woche später erneut 260 Flüchtlinge starben. Als Reaktion auf den hundertfachen Tod startete die italienische Regierung ein Programm zur Seenotrettung

mit dem Namen "Mare Nostrum". Im Laufe eines Jahres wurden nach Angaben der italienischen Marine 150.000 Bootsflüchtlinge gerettet und nach Europa gebracht. Neun Millionen Euro kostete dieser Einsatz pro Monat. Der Versuch, für "Mare Nostrum" andere EU-Regierungen als Unterstützer des Seenotrettungsprogramms zu gewinnen, scheiterte jedoch. Staaten wie Deutschland waren nicht bereit, die italienische Regierung in ihren lebensrettenden Aktivitäten zu unterstützen. Stattdessen drängte man Italien, dieses Programm einzustellen. Bundesinnenminister de Maizière sprach im Deutschen Bundestag von einer "Brücke" nach Europa - die er nun zum Einstürzen bringen will. "Mare Nostrum" wird ersetzt durch ein sehr viel schlechteres Programm.

Bootsflüchtlinge sollen künftig unter der Leitung der europäischen Grenzschutzbehörde Frontex gerettet werden. Dabei stellen die EU-Regierungen im Vergleich zu "Mare Nostrum" nur ein Drittel der finanziellen Mittel zur Verfügung. Problematisch ist zudem, dass der Einsatzbereich von Frontex sehr viel kleiner ausfallen soll. Zu befürchten ist, dass es wie vor der italienischen Initiative zu einem massiven Rückgang der Seenotrettung von Bootsflüchtlingen kommen wird. Die Zahl derjenigen, die auf hoher See sterben - zumeist von der Öffentlichkeit völlig unbemerkt -, wird erneut ansteigen. Im Oktober 2014 ist das Seenotrettungsprogramm "Mare Nostrum" offiziell ausgelaufen.

Push Backs: illegale Abschottung

Ein weiteres Symptom der europäischen Flüchtlingskrise sind die von mehreren Mitgliedstaaten betriebenen systematischen Push Backs von Asylsuchenden an den EU-Außengrenzen. Menschenrechtsorganisationen haben unzählige Fälle von brutalen Rückschiebeaktionen der griechischen Küstenwache in Richtung Türkei dokumentiert. Ende Januar 2014 starben elf Menschen

bei einer Push-Back-Operation der griechischen Küstenwache - die meisten waren Kinder, Auch an den Landgrenzen der EU - sowohl von Griechenland als auch von Bulgarien aus - finden völkerrechtswidrige Zurückweisungen von Asylsuchenden statt. In Ceuta und Melilla bedient sich die spanische Grenzpolizei ebenfalls illegaler Zurückweisungspraktiken. Bereits im März kam es zu brutalen Zurückweisungen nach Marokko, am 15. Oktober 2014 spitzte sich die Lage erneut zu. Spanische Grenzbeamte der Guardia Civil misshandelten Schutzsuchende und Migrant_innen, die es geschafft hatten, die Grenzzaunanlagen zu überwinden, und schlugen sie bis zur Bewusstlosigkeit. Über Durchgänge wurden sie zurück auf die marokkanische Seite geschleift und dort sich selbst überlassen oder direkt an die marokkanischen Beamten ausgehändigt.

Der Menschenrechtskommissar des Europarates nannte die Ereignisse vom 15. Oktober 2014 eine "erneute beunruhigende Illustration der Fehler Spaniens" im Umgang mit Schutzsuchenden, Migrantinnen und Migranten in ihren Exklaven. Auch das UNHCR zeigte sich äußerst besorgt. Die spanische Regierung müsse dafür sorgen, dass alle rechtlichen Regelungen im Einklang mit internationalen Verpflichtungen stünden, insbesondere mit der Genfer Flüchtlingskonvention. Das UNHCR forderte die spanischen Behörden auf, an den Grenzen keine Gewalt auszuüben sowie den Grenzschutz im vollen Einklang mit Menschenrechten und Flüchtlingsgesetzen durchzuführen. 2014 seien bisher über 5.000 Schutzsuchende nach Ceuta und Melilla gelangt, so das UNHCR, darunter 2.000 Flüchtlinge aus Syrien.

Menschenrechte einhalten!

Dieser offene Bruch des Völkerrechts und der europäischen Grundrechte muss umgehend beendet werden. Pro Asyl dokumentiert seit Jahren die Situation an den europäischen Außengrenzen und fordert die politisch Verantwortlichen auf, für die Einhaltung der Menschenrechte auch an den Rändern Europas zu sorgen. Die europäische Kommission darf nicht tatenlos zusehen. Sie ist für die Kontrolle der Einhaltung des europäischen Asylrechts zuständig. Es liegen umfassende Berichte von Menschenrechtsorganisationen vor. Es ist eine Frage der Glaubwürdigkeit der

Europäischen Union insgesamt, wenn es um die Einhaltung von Menschenrechten geht, bei den eigenen Mitgliedstaaten nicht wegzuschauen. Ein Europa der Menschenrechte muss die europäische Flüchtlingskrise überwinden: Asylsuchende müssen Zugang nach Europa erhalten und sie müssen in Europa eine menschenwürdige Aufnahme erfahren.



Marei Pelzer

geb. 1974, Jura-Studium in Marburg und Freiburg; nach dem Referendariat in Berlin (1999–2001) und dem zweiten Juristischen Staatsexamen (2001) Entwicklung eines universitären Online-Kurs zu Geschlechtergleichstellungsrecht und -politik der EU (12/2001–3/2002); seit März 2002 rechtspolitische Referentin bei Pro Asyl; Mitherausgeberin des Grundrechte-Reports (ein jährlich im Fischerverlag erscheinendes Buch, das die Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland dokumentiert).

www.proasyl.de



Heike Imhof-Rudolph (Hrsg.) **Ernährung garantiert?**

Ernährungssicherheit im 21. Jahrhundert

Ernährung ist ein Menschenrecht, Hunger ist eine traurige Tatsache. Die Ursachen des Hungers sind zahlreich. Spekulationen mit Boden, Wasser und Nahrung treiben die Preise in die Höhe. Politische, wirtschaftliche und technische Hürden müssen überwunden werden, um eine der globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu meistern: weltweite Ernährungssicherheit. Wie wird sich die Agrarwirtschaft in den nächsten Jahrzehnten entwickeln? Welche Strategien werden zur Bekämpfung des Hungers eingesetzt und welche sind tatsächlich erfolgreich? Wer profitiert vom "Kampf um Ressourcen"? Der Sammelband gibt Antworten auf diese Fragen und bietet einen Einblick in globale und lokale Aktivitäten gegen den Hunger.

ISBN 978-3-941880-72-6 | 12,90 Euro | 137 Seiten

Städtepartnerschaftsinitiative Sansibar Town – Potsdam

Kilian Kindelberger

"Lustreise des Oberbürgermeisters", "Trip in die Tropen", "Lustreise und Hundeklos" - im Oktober 2014 war die Potsdamer Lokalpresse in heller Aufregung. Was war geschehen? Potsdams Oberbürgermeister Jann Jakobs hatte die Reise einer Delegation (u.a. mit Mitarbeitenden der Stadtverwaltung) nach Sansibar Town angekündigt. Die Reisekosten für ihn und die kommunalen Angestellten trug die Stadtkasse, was "besorgte Bürger" auf den Plan rief, die meinten, die Kommune würde bei neuntägiger Abwesenheit ihres Oberbürgermeisters zusammenbrechen: ohnehin gebe es dort nur Strände und Palmen (und Hotelangestellte); da könne man doch nur Urlaub machen und nicht über Partnerschaften reden. Im Übrigen gebe es in Potsdam nicht genug Hundeklos, da wäre das Geld doch besser investiert als in die Völkerverständigung.

Einigen Journalisten und besorgten Bürgern ist nicht klar, dass auch Städte Akteure globaler Verantwortung sind. Kommunale Nord-Süd-Partnerschaften helfen, Vorurteile und Feindbilder abzubauen sowie Grenzen zu überwinden. Die Ministerpräsidenten der Bundesländer fassten am 24. Oktober 2008 einen Beschluss zur Entwicklungszusammenarbeit der Länder, in dem sie sich für eine Verstärkung der partnerschaftlichen Aktivitäten der Kommunen mit Entwicklungsländern aussprechen:

"Dem Beitrag der Kommunen für die Partnerschaft mit Entwicklungsländern messen die Länder eine große Bedeutung zu. Dies gilt insbesondere für Kultur- und Bildungsarbeit, für die Kooperation mit Migranten aus Entwicklungsländern, für gute Regierungsführung und Dezentralisierung sowie für 'capacity building' im Bereich kommunaler Aufgaben."

Kommunen können durch ihre Bürgernähe Entwicklungspolitik "lokal verständlich und erfahrbar machen, indem sie konkrete Anstöße geben, wo und wie jede und jeder Einzelne z.B. im eigenen Lebensalltag einen Beitrag zur Erreichung der MDGs leisten kann oder indem sie Zusammenhänge der Entwicklungspolitik im kommunalen öffentlichen Raum thematisieren."² Kommunen können durch ihre kommunalspezifischen Kompetenzen und ihr Fachwissen, z.B. in der Stadtentwicklung, der Wasserver- und Abfallentsorgung, dem Katastrophenmanagement, der Sozialplanung und Daseinsvorsorge, der kommunalen Selbstverwaltung sowie bei demokratischen Prozessen auf

Vgl.: http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/ wege/bilaterale_ez/akteure_ez/laendergemeinden/gemeinden/index.html.

² Beschluss des Bund-Länder-Ausschuss Entwicklungszusammenarbeit zur Umsetzung des Beschlusses der Ministerpräsidenten der Länder vom 24. Oktober 2008 zur Kommunalen Entwicklungspolitik.

lokaler Ebene, ihre Erfahrung mit diesen Themen in die Entwicklungszusammenarbeit einbringen.

Mittel der Völkerverständigung

Die Landeshauptstadt Potsdam hat mit Peruqia (Italien), Opole (Polen), Jyväskylä (Finnland), Bobigny (Frankreich), Sioux Falls (USA), Luzern (Schweiz) sowie Bonn bisher sieben Partnerstädte. Eine Partnerstadt außerhalb Europas und den USA wäre nicht nur eine Bereicherung für die Stadt selbst, sondern angesichts ihres gewollten Images als weltoffene, tolerante Stadt eigentlich auch ein Muss. Nun soll Sansibar Town 2015 als neue Partnerstadt diese Lücke schließen. Diesbezügliche Ideen und Anregungen gab es schon lange. Nach politischen Diskussionen um eine Nord-Süd-Partnerschaft und einem Werkstattverfahren, bei dem die Wahl auf Sansibar fiel, beschloss die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung am 7. März 2007:

"Die Landeshauptstadt Potsdam strebt eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt in der Dritten Welt an. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, konkrete Vorschläge für die einzelnen Etappen hin zu einer konkreten Part-

nerschaft mit der Sansibar-Stadt zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen."

Vier Vereine, VENROB e.V., der Verein für Demokratie und Integration Brandenburg e.V., die Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft (BBAG) e.V. und Twende Pamoja - Freundeskreis Tansania e.V., schlossen sich Anfang 2008 zur Städtepartnerschaftsinitiative Potsdam - Sansibar Town zusammen. Ziel der Initiative ist es, sich um den Aufbau langfristiger Partnerschaften zwischen Einrichtungen beider Städte zu bemühen. Grundlage waren damals bereits seit 15 Jahren bestehende Kontakte des RAA Brandenburg e.V. mit verschiedenen Bürgergruppen und Institutionen auf der Insel Sansibar, an die beim Aufbau der Städtepartnerschaft angeknüpft werden sollte. Konkrete Aktivitäten der Initiative waren regelmäßige Informationsveranstaltungen und Ausstellungen, der Aufbau einer Kooperation zwischen dem Filmmuseum Potsdam und dem Zanzibar International Film Festival (ZIFF) sowie zwischen den Frauenfußballmannschaften der Zanzibar soccer queens und des 1. FFC Turbine Potsdam, die in einem Freundschaftsspiel beider Teams am 14. September 2009 mündeten.



Inhalte müssen her!

Doch lange Zeit blieb unklar, wo das konkrete Handlungsfeld der Kommune selbst liegen könnte. Als 2011 die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) der Engagement Global gGmbH und das BMZ ein Klimapartnerschaftsprogramm "50 Klimapartnerschaften bis 2015" u.a. mit dem Zielland Tansania starteten, nutze die Geschäftsstelle Klimaschutz der Landeshauptstadt Potsdam diese Gelegenheit und Potsdam wurde als erste ostdeutsche Stadt Teilnehmende an diesem Programm. Erster Schritt war die Teilnahme eines Vertreters von Sansibar an der Städtepartnerschaftstagung zum Thema Klimawandel im Oktober 2011. Sansibar Town ist zwar kein Verursacher von nennenswerten CO₂-Emissionen, aber mit der nur knapp über dem Meeresspiegel liegenden historischen Altstadt ein schnelles Opfer steigender Wasserstände durch die globale Erwärmung.

Nach mehreren Expertenaustauschen und der Erarbeitung eines Handlungsprogramms war es dann soweit: Am 27. Oktober 2014 unterzeichneten die Oberbürgermeister beider Städte, Khatib Abdulrahman Khatib und Jann Jakobs, in Sansibar Town die Vereinbarung beider Städte zur langfristigen Zusammenarbeit im Bereich des Klimaschutzes. Als konkretes Projekt unterstützt die Landeshauptstadt Potsdam die Gestaltung des zentralen Festplatzes von Sansibar, den Mnazi Mmoja Ground. Symbolisch wurden als

Projektauftakt fünf Bäume gepflanzt. Viele Gespräche und Aktivitäten der 13-köpfigen Potsdamer Delegation u.a. mit Mitarbeitenden der Wirtschaftsförderung, des Umweltamtes, der IHK Potsdam, einer Lehrerin und zwei Vertretern der Städtepartnerschaftsinitiative rankten sich um Sansibar Town. Zwei Ärzte des Potsdamer Klinikums besuchten das Mnazi Mmoja Hospital und machten sich ein Bild über Möglichkeiten der Zusammenarbeit und auf dem Mnazi Mmoja Sportplatz kickten zwei Spielerinnen von Turbine Potsdam mit den sansibarischen Frauen.

Freundschaften, Ideen und Eindrücke

Vieles hatte die Delegation auf ihrer Rückreise im Gepäck, neben Geschenken, vielseitigen Eindrücken und neu gewonnenen Freundschaften vor allem Ideen für den Ausbau der Kooperation. Schüler der Mwanekwere-Grundschule schickten Grüße an ihre Partnerschule, die Bruno-H.-Bürgel-Schule in Potsdam. Aber auch Fragen nahmen die Reisenden mit: Was können wir von Sansibar lernen? Könnte man das dort seit 2011 geltende Plastiktütenverbot auch in Potsdam einführen? Im Gepäck befand sich auch ein Stapel Suaheli-Lehrbücher - ein Geschenk der Universität Sansibar. Mit ihnen will die BBAG 2015 in Potsdam einen Suaheli-Kurs anbieten. Damit die Sprachbarrieren bei der nächsten Begegnung etwas kleiner werden ...

Kilian Kindelberger

geb. 1969, Diplom Journalist, Studium in Moskau und Kairo, Hauptgeschäftsführer der Berlin-Brandenburgischen Auslandsgesellschaft, ehrenamtlicher 1. Sprecher von VENROB.

www.bbag-ev.de



Fairer Handel: Nur ein gutes Geschäft?

Europa braucht Entwicklung – Weltläden bieten Chancen!

Wiebke Deeken

Fairer Handel? Das ist ein Markt! Ein Nischenmarkt zwar, denn laut dem europäischen Büro der Fair-Handels-Bewegung (Fair Trade Advocacy Office) in Brüssel macht Fairer Handel weniger als 0,1 Prozent des weltweiten Handels aus. Gleichzeitig verzeichnet der Faire Handel in Deutschland Jahr für Jahr erhebliche Wachstumsraten. So lag der Umsatz mit fair gehandelten Produkten 2013 mit 784 Mio. Euro 21 Prozent über dem Wert des Vorjahres (vgl. www.forum-fairer-handel.de).

Auch die aktuellen Entwicklungen bei Fairtrade International (der internationalen Dachorganisation der nationalen Fair-Trade-Initiativen) stehen ganz im Zeichen einer weltweiten Marktausweitung. Im Rahmen von drei neuen Programmen verpflichten sich Hersteller von Süßwaren oder Textilien zur Abnahme einer bestimmten Menge an Fair-Trade-zertifiziertem Kakao. Zucker oder Baumwolle, die sie dann ohne weitere Anforderungen an Mindestmengen oder Fair-Trade-Qualität anderer Zutaten in ihren Produkten verwerten und diese mit einem besonderen Zeichen versehen dürfen. Hier geht es um einen höheren Absatz fair gehandelter Rohstoffe und einen leichteren Marktzugang.

Fairer Handel ist bei Konsument_innen "angesagt" – wie man an den hübschen Gesichtern und berühmten Persönlichkeiten

in der Werbung für faire Produkte sehen kann: Wer etwas auf sich hält, trinkt fair. Den richtigen Kaffee trinken und schon ist die Welt in Ordnung? Das wäre dann doch zu einfach. Die Wahrheit dahinter ist komplexer: Mit bewusstem und rücksichtsvollem Konsum auf breiter Basis können wir Einfluss nehmen. Eine umfassende und tragfähige Veränderung der Welt hin zu globaler Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit braucht aber mehr als Kaffeetrinker. "Der Kunde soll's richten" war dementsprechend auch nie die alleinige Botschaft des Fairen Handels.

Geschichte und Ziele des Fairen Handels

Der Faire Handel entstand in Deutschland vor ca. 40 Jahren aus einer politischen Bewegung. Aus Protest gegen die wachsende Ungerechtigkeit im Welthandel hatten kirchliche Jugendverbände (BDKJ und aej) 1970 in mehreren Städten Westdeutschlands sogenannte Hungermärsche organisiert. Die große Zahl der Teilnehmenden kritisierte damit öffentlich die fortdauernde Ausbeutung der Entwicklungsländer durch die Industrieländer infolge einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung ebenso wie die offizielle Entwicklungspolitik als ein Instrument, mit dem

vor allem die Interessen des Geberlandes verfolgt wurden. Unter dem Motto "Lernen durch Handel" wurde in der Folge mit kirchlicher Unterstützung die "Aktion Dritte Welt Handel" (A3WH) gegründet, die in Zusammenarbeit mit einer bereits im partnerschaftlichen Handel tätigen Stiftung in den Niederlanden den ersten Solidaritätskaffee an "Dritte-Welt-Gruppen" vor allem in den Kirchengemeinden verkaufte. Dabei war die politische Botschaft anfangs sehr eng mit dem Produkt verbunden und forderte direkt zum Umdenken und Handeln seitens der Konsumenten auf: "Jute statt Plastik" stand auf den Tragetaschen aus Bangladesch, die als erstes "deutsches" fair gehandeltes Produkt gelten und die Menschen in Deutschland direkt zum Umdenken und Handeln aufforderten.

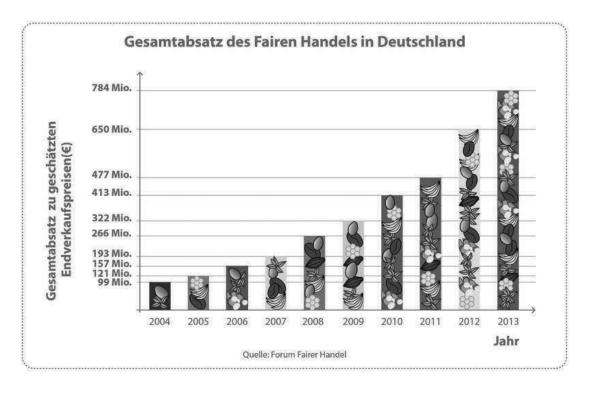
In den 1970er und 1980er Jahren wurden in Westdeutschland die ersten Fair-Handels-Organisationen gegründet. Diese Organisationen (die bekanntesten heißen heute El Puente, Gepa – The Fair Trade Company, dwp, Globo, BanaFair), die eine immer breiter werdende Palette an Waren aus Lateinamerika, Afrika und Asien importierten und an die ebenfalls zahlreicher werdenden "Dritte-Welt-Läden" und "Aktionsgruppen"

im ganzen Land liefern konnten, haben Fairen Handel und globale Gerechtigkeit als Unternehmenszweck und -ziel.

Aus "Dritte-Welt-Läden" wurden ab Mitte der 1980er Jahre "Eine-Welt-Läden" und in den 1990er Jahren einfach "Weltläden". Der Name ist dabei weniger wichtig als die nach wie vor gültigen Ziele der Fair-Handels-Bewegung:

- die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Produzent_innen am Anfang der Lieferkette verbessern
- Entwicklungsmöglichkeiten für im Welthandel benachteiligte Produzent_innen schaffen
- das Bewusstsein für globale Zusammenhänge bei den Konsument_innen stärken
- die Praxis und die Regeln des Welthandels verändern

Diese Ziele sind Kern des Selbstverständnisses und der Arbeit von Weltläden. Dafür engagieren sie sich in den drei Bereichen: Warenverkauf, Informations- und Bildungsarbeit sowie politische Einflussnahme, die im Weltladen selbstverständlich zusammen gehören und gemeinsam erst die vollständige Weltladenarbeit ausmachen.



Fairer Handel in "unfairen" Handelsstrukturen

Erst 1992 kam mit der Gründung von Transfair e.V. in Deutschland auch die Möglichkeit auf, fair gehandelte Produkte in "unfairen" Handelsstrukturen verfügbar zu machen: Durch die Siegelung von Produkten, die nach den Kriterien des Fairen Handels hergestellt und an den ersten Käufer abgegeben wurden, ist es möglich, diese auch in Geschäften zum Kauf anzubieten, die sich in ihren allgemeinen Geschäftspraktiken nicht der Zielsetzung des Fairen Handels anschließen.

Das schafft Absatz, ändert aber nichts an einem grundsätzlich unfairen Handeln im Handel, bei dem große Abnehmer aufgrund ihrer Marktmacht die Handelsbedingungen zu Lasten der (schwächeren) Lieferanten bestimmen können. Unter dem Motto "Super Markt Macht Druck" hatten Weltläden zum europäischen Weltladentag 2014 mit einer Kampagne auf diesen Sachverhalt aufmerksam gemacht und von den Kandidat_innen für das neue Europaparlament gefordert, sich für gesetzliche Regelungen zur Eindämmung unfairer Handelspraktiken und zur Einhaltung von Menschen- und Arbeitsrechten in der Lieferkette einzusetzen und den Fairen Handel zu fördern.

Die ganze Welt "retten", das können leider auch die Weltläden und Fair-Handels-Organisationen nicht. Sie können aber als öffentliche und sichtbare "Stützpunkte" für entwicklungspolitisches Engagement in der Fläche einen Beitrag zu Veränderungen leisten, die sowohl am Anfang als auch am Ende der gesamten Lieferkette Wirkung zeigen:

Im Süden profitieren die Mitglieder von Produzentenorganisationen, deren Produkte in Weltläden zum Verkauf angeboten werden, im Rahmen der Handelspartnerschaft mit Fair-Handels-Organisationen von sozialen Leistungen wie z.B. der Versorgung im Krankheitsfall, Altersvorsorge, Bildungs- und Fortbildungsmöglichkeiten für Kinder und Erwachsene, garantierten Preisen und einem

sicheren Absatz der Produkte, Vorfinanzierung der Produktion und einem partnerschaftlichen Umgang mit Problemen. Die wichtigsten Auswirkungen des Fairen Handels sind aber vielleicht die vielen selbstbestimmten Entwicklungsschritte, die diese Produzentenorganisationen im Laufe der Jahre unternommen haben und die damit verbundene Stärkung des Selbstbewusstseins und der eigenständigen Strukturen. Die Kooperative "El Ceibo" in Bolivien mit 1.200 Mitgliedsfamilien (Stand 2010) begann z.B. bereits Mitte der 1980er Jahre mit der Umstellung auf ökologischen Landbau und war an der Gründung des bolivianischen Biobauernverbandes beteiligt. El Ceibo entwickelte nicht nur den Kakaoanbau in der Region weiter, sondern baute im Laufe der Jahre auch eigene Verarbeitungs- und Vermarktungswege auf. Bei El Ceibo gibt es inzwischen neben Kakaoanbauern auch Ausbildungs- und Arbeitsplätze in den Bereichen Verwaltung, Herstellung und Vermarktung von Kakaoprodukten und alles, was dazu gehört.

Im Norden können Weltläden Kristallisationspunkte sein, an denen Bürger_innen mit Themen und Anliegen der Entwicklungspolitik in Kontakt kommen, indem sie im Weltladen einkaufen oder an Veranstaltungen der Weltläden teilnehmen. Bildung und Entwicklung findet aber auch innerhalb der Gruppen statt, die in Deutschland und in ganz Europa Weltläden betreiben. Im Rahmen ihres Engagements im Weltladen eignen sich Menschen (ehrenamtlich) nicht nur Wissen über den Fairen Handel und verwandte entwicklungspolitische Themen an. Sie erwerben auch Kenntnisse und Fähigkeiten im kaufmännischen Bereich, im Vereinsrecht, in der Organisation von Ladenbetrieb und Veranstaltungen, im Marketing, in der Bildungsarbeit, Teamfähigkeiten usw. Das Aufgabenfeld ist breit und die Tätigkeit oft anspruchsvoll. Auch Weltläden müssen sich jedoch weiterentwickeln, um den Anforderungen an Glaubwürdigkeit und Professionalität gerecht zu werden und eine langfristige Zukunftsperspektive zu haben. "Professionalisierung" ist eine große Aufgabe für komplett ehrenamtlich arbeitende, aus Überzeugung basisdemokratische und oft nur unzureichend mit Geld und Arbeitszeit ausgestattete Gruppen. Viele Weltladengruppen stoßen da schnell an (ihre) Grenzen, denn Weltladenarbeit ist im Allgemeinen für Existenzgründung zu solidarisch und für öffentliche Förderung zu wirtschaftsorientiert.

Es zeigt sich jedoch immer wieder, dass eine erfolgreiche Wirtschaftstätigkeit auch eine gute Basis für den Ausbau der Aktivitäten in der Bildungs- und Kampagnenarbeit ist. Bessere Rahmenbedingungen für Weltläden – z. B. durch die Anerkennung und Förderung der gesamten Weltladenarbeit als entwicklungspolitisches Engagement – wären hier eine willkommene Hilfe.

Europäisches Netzwerk der Weltläden

In Brandenburg gibt es 21 Weltladengruppen, die in der Regel zu 100 Prozent ehrenamtlich öffentlich zugängliche Weltläden betreiben. Die ältesten von ihnen bestehen seit knapp 25 Jahren und gehen teilweise auf bereits zu DDR-Zeiten bestehende Solidaritätsinitiativen zurück. Der Aktionsladen "Eine Welt" in Potsdam beispielsweise begann im Dezember 1989 mit Aktionen gegen Konsumrausch und für Solidarität mit dem globalen Süden. Oder der Verein "Puerto Alegre", deren Mitglieder bereits vor Vereinsgründung Begegnung und Austausch mit ausländischen Einwohner_ innen der Stadt Frankfurt (Oder) organisierten. Die Gruppe wagte im Sommer 2014 den

Umzug an einen zentraleren Standort und kann seitdem mehr Menschen mit ihrer Arbeit erreichen. Aber auch erst kürzlich gegründete Weltläden sind dabei, wie der "Weltladen Falkensee" (2012) und der Weltladen "generation fair" in Eberswalde (2014). Das zeigt, dass die Idee des Handel(n)s für eine gerechtere Welt in Brandenburg lebendig ist.

Weltläden in Brandenburg und andernorts wenden sich mit ihren Botschaften in erster Linie an Menschen in ihrem direkten Umfeld. Für die Stärkung der Bewegung ist jedoch eine gute Vernetzung auf übergeordneter Ebene von Bedeutung. Über den "Weltladen-Dachverband" und das "Forum Fairer Handel" als das Netzwerk des Fairen Handels in Deutschland können Weltläden Teil des bundesweiten und auch des europäischen Netzwerks der Fair-Handels-Bewegung sein.

Die Bewegung ist in Form eines kleinen Büros, des "Fair Trade Advocacy Office", dauerhaft in Brüssel vertreten und trägt ihre politischen Anliegen dort direkt an die Entscheidungsträger_innen der EU heran. Eine Zusammenarbeit zwischen Weltläden vor Ort und Fair-Handels-Akteuren in Berlin oder Brüssel im Rahmen der politischen Kampagnenarbeit ist sinnvoll. Vielleicht gelingt es im Europäischen Jahr der Entwicklung ja, die Beziehungen zwischen Brandenburger Weltläden und europäischen Strukturen der Fair-Handels-Bewegung ein wenig weiterzuentwickeln. Die Kampagne gegen Machtkonzentration und Missachtung von Arbeits- und Menschenrechten in internationalen Lieferketten wird 2015 jedenfalls weitergehen.

Wiebke Deeken

geb. 1973, ausgebildete Landwirtin bzw. Agraringenieurin. Seit 2009 als Fair-Handels-Beraterin für Weltläden in der Region Brandenburg tätig.

www.fairhandelsberatung.net





Key messages

- The EU is a global player which tackles today's challenges.
- 2. In an increasingly interdependent world, EU development cooperation benefits people both in the EU and in our partner countries.
- 3. Think global, act local. A single person can make a difference.

Thematic months

- 1. Europe in the World
- 2. Education
- 3. Women and Girls
- 4. Health
- 5. Peace and Security
- 6. Sustainable
 Growth, Decent Jobs
- 7. Children and Youth
- 8. Humanitarian Aid
- 9. Demography and Migration
- 10. Food Security
- 11. Sustainable
- Development
- 12. Human Rights

Legal basis

Decision No 472/2014/EU of the European Parliament and of the Council of 16 April 2014

European Year for Development 2015"Our world, our dignity, our future"

Why a European Year for Development in 2015?

2015 is a special year as the Millennium Development Goals reach their deadline and the negotiations for the post-2015 framework will take place. As the first ever European Year dealing with the EU's 'external action', the European Year for Development 2015 (EYD2015) will provide an unparalleled opportunity to engage with citizens, to showcase the EU's commitment to eradicating poverty worldwide. The motto of the EYD2015 is: "Our world, our dignity, our future".

Join the group "European Year for Development 2015" on capacity4dev.eu to join the debate and get the latest news.

Objectives of the European Year for Development (EYD2015)

- 1. Inform **Union citizens** about the Union's and the Member States' development cooperation, **highlighting the results** that the Union, acting together with the Member States, has achieved as a global actor and will continue to achieve in line with the discussions on the post-2015 framework.
- 2. Foster **direct involvement**, **critical thinking and active interest** of Union citizens and stakeholders in development cooperation including in policy formulation and implementation.
- 3. Raise awareness of the benefits of the Union's development cooperation not only for beneficiaries of the Union's development assistance but also for Union citizens and to achieve a broader understanding of policy coherence for development, as well as to foster among citizens in Europe and developing countries a sense of joint responsibility, solidarity and opportunity in a changing and increasingly interdependent world.

A top priority for citizens

A 2013 Eurobarometer shows two thirds of EU citizens think tackling poverty in developing countries should be one of the EU's main priorities; 83% believe that it is important to help people in developing countries.

The EU: a key global player

The EU (EC and Member States) is the world's most important donor providing over half of global Official Development Assistance. It also seeks to take into account development objectives in its non-development policies.

Low levels of awareness

44% of Europeans have no knowledge about where their country's development aid goes and 53% say they know nothing about where EU aid goes. Only 6% have heard of the MDGs and know what they are

Development an Cooperation – EuropeAid

65. Europaministerkonferenz am 5. Juni 2014 in Berlin

Beschlussprotokoll (Auszug)

TOP 4 Europäisches Jahr der Entwicklung 2015

Beschluss

- Die Mitglieder der Europaministerkonferenz nehmen den Bericht der Länder Brandenburg, Bremen, Hamburg und Hessen zum Thema "Europäisches Jahr der Entwicklung 2015" zur Kenntnis.
- 2. Im Hinblick auf die internationalen Verhandlungen über eine Post-2015-Entwicklungsagenda ist das Jahr 2015 in besonderer Weise geeignet, um auf die gegenwärtigen Herausforderungen an eine neue globale Entwicklungsagenda aufmerksam zu machen und die Bürgerinnen und Bürger für die weltweiten Verflechtungen stärker zu sensibilisieren. Vor diesem Hintergrund begrüßen die Mitglieder der Europaministerkonferenz die Initiative der Europäischen Kommission, im Rahmen eines Themenjahres die europäische Entwicklungspolitik und die Rolle der EU als globaler Akteur stärker zu kommunizieren, eine öffentliche Debatte anzuregen und das Interesse an politischer Mitbestimmung und Mitgestaltung der Gesellschaft zu erhöhen.
- 3. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz begrüßen die Stellungnahmen des Europäischen Parlaments und des Rates zum Vorschlag der Kommission für einen Beschluss über das Europäische Jahr der Entwicklung 2015. Damit werden gegenüber dem ursprünglichen Kommissionsvorschlag nun auch wichtige Aspekte zu den erweiterten Zielen des Europäischen Jahres im Hinblick auf eine Post-2015-Entwicklungsagenda sowie der Politikkohärenz der EU-Politikfelder und der Entwicklungspolitik benannt. Darüber hinaus ist es nunmehr auch möglich, im Rahmen des Europäischen Jahres Maßnahmen in den Partnerländern durchzuführen.
- 4. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz verweisen in diesem Zusammenhang auf den Beschluss des Bundesrates vom 20. September 2013 (Drs. 599/13), in dem dieser sich vor dem Hintergrund der Beratungen und Verhandlungen über eine Post-2015-Entwicklungsagenda dafür ausgesprochen hat, eine breite, öffentliche und, wo erforderlich, auch kritische Diskussion über die Ziele und Inhalte der Europäischen Entwicklungspolitik zu ermöglichen. So soll im Rahmen des Themenjahres durch eine bürgernahe und dezentrale Kommunikation ein Diskussionsprozess über die komplexen Wirkungen der EU-Politik im globalen Kontext ermöglicht werden. Sie unterstützen zudem die Anregung des Bundesrates, diese Debatte mit der internationalen Diskussion um eine globale nachhaltige Entwicklungsagenda nach 2015 zusammenzuführen, um zukünftige Ziele und Inhalte der Europäischen Entwicklungspolitik vor diesem Hintergrund zu betrachten.
- 5. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz begrüßen die Stellungnahme der Europäischen Kommission zu dem zuvor genannten Bundesratsbeschluss und sehen darin eine stärkere Hinwendung zum Thema Entwicklungspolitik und ein deutliches Bekenntnis zur Verantwortung der Europäischen Union als wichtigem Akteur bei der Gestaltung und Umsetzung einer

globalen nachhaltigen Entwicklungsagenda. Sie begrüßen, dass die Rolle der lokalen und regionalen Ebene in der Umsetzung des Europäischen Jahres der Entwicklung von der Kommission anerkannt wird.

6. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz stellen fest, dass das Europäische Jahr der Entwicklung die Chance bietet, die europapolitische und entwicklungspolitische Kommunikation mit den Themen der Nachhaltigen Entwicklung sowie die verschiedenen Akteure im staatlichen Bereich, in den Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen, Verbänden, Kirchen etc. zusammenzuführen. Sie empfehlen, in diese Prozesse auch den Bund-Länder-Ausschuss Entwicklungszusammenarbeit sowie den vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) initiierten Dialogprozess zur sogenannten Zukunftscharta einzubeziehen.

Die Mitglieder der Europaministerkonferenz bitten das BMZ, im Jahr 2015 in Abstimmung mit den Ländern dezentrale Bürgerforen zu den Themen des EU-Entwicklungsjahres durchzuführen.

Sie regen zudem an, in der Europawoche im Jahr 2015 das Thema EU-Entwicklungspolitik zu berücksichtigen und gegebenenfalls bestehende Strukturen wie etwa die Europe Direct Informationszentren in den Ländern einzubeziehen.

- 7. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz gehen davon aus, dass seitens der Europäischen Kommission die Finanzmodalitäten sowohl bezüglich der "Strategischen Partnerschaft" mit den Ländern in der europapolitischen Kommunikationsarbeit als auch im Hinblick auf die neue Haushaltslinie für das EU-Entwicklungsjahr 2015 unkompliziert und unbürokratisch gehandhabt werden. Sie bitten die Europäische Kommission in Deutschland zur Umsetzung dieser Kommunikationsaufgaben bzw. -projekte um Benennung eines zentralen Ansprechpartners für potentielle Antragsteller.
- 8. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz bitten den Vorsitz der Europaministerkonferenz, diesen Beschluss und den ihm zugrundliegenden Bericht an die Europäische Kommission, die Bundesregierung und die Ministerpräsidentenkonferenz zu übermitteln.

Europäisches Jahr der Entwicklung 2015 – "Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft"

5. Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg am 20. Juni 2014 ruft Akteure in der Region zur Beteiligung auf

Das Europäische Jahr der Entwicklung 2015 soll eine breit angelegte Kommunikation zu allen Facetten der Entwicklungspolitik und der Nachhaltigen Entwicklung der EU und ihrer Mitgliedstaaten anregen. Das Europäische Parlament betont die Wichtigkeit des Jahres, da bis 2015 die UN-Millenniumsziele erreicht sein sollten. Diese beinhalten u.a. die Bekämpfung von extremer Armut und Hunger. Eine breite zivilgesellschaftliche Debatte über die Inhalte der ab 2016 nachfolgenden globalen Nachhaltigkeitsziele sei daher wünschenswert.

Im September 2013 hatte der Bundesrat zu einem entsprechenden Vorschlag der Europäischen Kommission an das Europäische Parlament und an den Europäischen Rat Stellung genommen. Unter dem Motto "Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft" sollen BürgerInnen und Initiativen in den Mitgliedsstaaten dazu motiviert werden, lokale Veranstaltungen zu organisieren.

Die Teilnehmenden des 5.Treffens des Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg am 20. Juni 2014 befassten sich mit dem Konzept zur Brandenburgischen Untersetzung des EU-Jahres und diskutierten über weitere Mitgestaltungsmöglichkeiten von BürgerInnen, Organisationen, Kommunen und anderen Interessenten.

Der Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg ruft dazu auf, dass alle Akteure in der Region das Europäische Jahr der Entwicklung 2015 nutzen, um die Debatte über Nachhaltigkeitsziele und Entwicklungspolitik zukünftig zum Bestandteil ihrer Arbeit zu machen.

Die Akteure sollen ermutigt werden, sich 2015 mit eigenen Veranstaltungen zu beteiligen und die zivilgesellschaftliche Vernetzung in Brandenburg weiter voran zu treiben.

Kontakt zum Round Table

Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V. (VENROB) Uwe Prüfer, Sabine Schepp; info@venrob.org

Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Abteilung Europa und Internationale Beziehungen Detlev Groß; detlev.gross@mwe.brandenburg.de

Der virtuelle "Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg" – unser gemeinsames Portal im Internet: http://entwicklungspolitik-brandenburg.mixxt.de

Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 12. Juni 2014

Beitrag der Deutschen Länder zur Post-2015-Agenda für nachhaltige (globale) Entwicklung

- 1. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder begrüßen den von den Vereinten Nationen (VN) eingeleiteten umfassenden Prozess zur Erarbeitung einer neuen Agenda für nachhaltige Entwicklung für die Zeit nach 2015. In dieser Agenda werden die 2015 auslaufenden Millennium Development Goals (MDGs) und die Diskussion über die Weiterentwicklung der Millenniums-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals / MDG) sowie die derzeit laufenden Arbeiten zu den in Rio im Juni 2012 beschlossenen Sustainable Development Goals (SDGs) zusammengeführt. Künftig werden die globalen Nachhaltigkeitsziele neben den bisherigen Schwerpunkten auch Aspekte von sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit einbeziehen. Mit dieser Weiterentwicklung ist ein Paradigmenwechsel hin zu einer tiefgreifenden Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft im Norden wie im Süden verbunden, um in gemeinsamer Verantwortung die Welt zukunftsfähig und gerecht zu gestalten.
- 2. Durch die Post-2015 Agenda gewinnt das Engagement der Länder im Bereich der Entwicklungs- und Nachhaltigkeitspolitik entsprechend der 2008 abgestimmten Kernkompetenzen und Handlungsfelder weiter an Bedeutung. Damit steht die Entwicklungspolitik der Länder sowie die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund und anderen Akteuren in den kommenden Jahren vor neuen Herausforderungen:
 - Neue globale Nachhaltigkeitsziele erhöhen die Anforderungen an ein kohärentes Regierungshandeln, um diese Ziele auch auf Landesebene zu erreichen.
 - Nachhaltige Verhaltensmuster in Deutschland, wie etwa bei Konsum, Energieverbrauch, Mobilität, Ernährung, Gesundheit oder wirtschaftlichem Handeln erhalten neues Gewicht.
 - Bildung für Nachhaltige Entwicklung und Globales Lernen werden zu wichtigen Themen im schulischen und außerschulischen Bereich.

Zur Umsetzung dieser Ziele ist ein abgestimmtes, gemeinsames Handeln in Deutschland notwendig, sowohl zwischen Bund und Ländern etwa bei bewährten Bildungsschwerpunkten (z.B. Human Capacity Building) oder den entwicklungspolitischen Landespartnerschaften als auch bei der Zusammenarbeit mit Kommunen, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Kirchen für eine nachhaltige Entwicklung.

- 3. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bekräftigen ihre Bereitschaft, zur Erreichung der gemeinsamen globalen Nachhaltigkeitsziele im Rahmen ihrer Möglichkeiten geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Die Zusammenarbeit der Länder untereinander sowie die Zusammenarbeit mit dem Bund hat sich in gemeinsamen Programmen bewährt. Ihr kommt auch bei den neuen globalen Nachhaltigkeitszielen eine große Bedeutung zu.
- 4. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder halten darüber hinaus lokale, regionale, nationale wie internationale Kooperationen auf allen Ebenen für einen wichtigen Baustein bei der Weiterentwicklung einer globalen nachhaltigen Entwicklung. Sie bitten die Fachministerkonferenzen, diese Kooperationen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten zu unterstützen.

Veranstaltungen in Brandenburg zum Europäischen Jahr der Entwicklung 2015

Ŗ.	Termin	Titel des Vorhabens	Veranstalter / Träger	0rt	Kontaktdaten
-	13.–15.01.2015	Seminar: EU-Flüchtlingspolitik / Lebens- und Arbeitsbedingungen von Migrantlnnen vor Ort in Brandenburg	Europe Direct Informationszentren Brandenburg a.d.Havel	Interkulturelles Zentrum Gott- hardtkirchplatz 10 14770 Brandenburg a.d. Havel	saendig@bbag-ev.de Herr Arndt Sändig
2	22.01.2015	Fachtag: Faire Schule im EU-Jahr der Entwicklung 2015	LISUM Berlin Brandenburg, RAA Brandenburg, MBJS Brandenburg	Landesinstitut für Schule und Medien Berlin Brandenburg, Ludwigsfeld (LISUM)	Michael.rump-räuber@ Iisum.berlin-brandenburg.de Hilke.erler@gmx.de
က	26.02.2015	Lehrerfortbildung: Faire Schule im EU- Jahr der Entwicklung 2015	Informationsstelle Europe Direct	Sportschule Frankfurt Oder	Hilke.erler@gmx.de Frau Hilke Erler
4	Februar/März 2015	Ausstellung im Rahmen des 5. Europa- Malwettbewerbs zum Thema: "Erste, zweite, dritte Welt? - Europa für die EINE WELT"	Europa Direct Informationszentrum Frankfurt (Oder), Brandenburg a. d. Havel und Potsdam, BBAG e. V.	Collegium Polonicum, Uniwer- sytet im. Adama Mickiewicza ul. Kościuszki 1 69-100 Słubice, Polen	dombrowsky@bbag-ev.de Frau Claudia Dombrowsky
Ŋ	08.–09.05. 2015	Europatag mit zahlreichen Veranstal- tungen	Frankfurt-Słubice Kooperationszentrum mit Partnern	Frankfurt (Oder), Słubice	Katrin.becker@frankfurt-slubice.eu Frau Katrin Becker
9	Mai 2015	Kinoveranstaltung mit Diskussionsrunde zum Panafrikanischen Frauentag	Europe Direct Informationszentrum Frankfurt (Oder) in Kooperation mit dem Kleinen Kino Frank- furt (Oder)	Frankfurt (Oder)	europedirect@euroregion-viadrina.eu Frau Margit Kurth
7	Mai 2015	Europäischer Filmabend 2015: Kinover- anstaltung mit Diskussionsrunde	Europe Direct Informationszentrum Frankfurt (Oder) in Kooperation mit dem Kleinen Kino Frank- furt (Oder)	Frankfurt (Oder)	europedirect@euroregion-viadrina.eu Frau Margit Kurth
8	Mai 2015	Podiumsdiskussion mit Europaabge- ordneter zum Thema: Visionen für eine neue EU-Einwanderungspolitik	Europe Direct Informationszentrum Brandenburg a. d. Havel, BBAG e.V.	Interkulturelles Zentrum Gott- hardtkirchplatz 10 14770 Brandenburg a.d.Havel	saendig@bbag-ev.de Herr Arndt Sändig
6	Ende Juli 2015	Präsentation und Seminar zum Thema: Der Weg nach Europa und Willkom- menskultur (?) in Deutschland	PAWLO (Pan-African Women's Empowerment and Liberation Organisation e.V.), Europe Direct Infor- mationszentrum Brandenburg	EDIC Brandenburg Gotthardt- kirchplatz 10 14770 Brandenburg a.d.Havel	Europe-direct-brandenburg@bbag-ev.de Herr Arndt Sändig
10	Ende Juli 2015	Präsentation und Seminar zum Thema: Migration von Afrika nach Deutschland	PAWLO (Pan-African Women's Empowerment and Liberation Organisation e.V.), Europe Direct Infor- mationszentrum Frankfurt (Oder)	EDIC Frankfurt (Oder) Lindenstraße 5 1530 Frankfurt (Oder)	europedirect@euroregion-viadrina.eu Frau Margit Kurth
=======================================	Ende Juli 2015	Präsentation und Seminar zum Thema: Handel mit Afrika auf dem europäi- schen Binnenmarkt	PAWLO (Pan-African Women's Empowerment and Liberation Organisation e.V.), Europe Direct Infor- mationszentrum Potsdam	EDIC Potsdam Schulstraße 8 b 14482 Potsdam	Europe-direct-potsdam@bbag-ev.de Frau Claudia Dombrowsky
12	3. Quartal 2015	Publikation: Broschüre zur EU Flücht- lingspolitik und Außengrenzen	Europe Direct Informationszentren Brandenburg a. d. Havel und Potsdam, BBAG e.V.	Brandenburg a.d. Havel Potsdam	saendig @ bbag-ev.de Herr Arndt Sändig

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg

Seit 2012 erscheint die Reihe Forum Entwicklungspolitik Brandenburg bei WeltTrends. Sie widmet sich den Fragen und Problemen der Einen Welt. In ihr werden anspruchsvolle, themenbezogene Beiträge mit politischer Diskussion und dem Praktikeraustausch verknüpft. Aktuelle entwicklungspolitische Themen werden aufgegriffen, um zu dokumentieren, was sich beidseitig der – mehr oder weniger scharfen – Trennlinie von entwicklungspolitischer Theorie und Praxis tut. Das Forum Entwicklungspolitik Brandenburg wird herausgegeben vom VENROB e.V. Die kostenlosen Broschüren können Sie auf der Website von Venrob bestellen: venrob.org. Die PDFs der kompletten Ausgaben finden Sie unter www.welttrends.de.

Bisher erschienen



Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 3 (2013) **Entwicklungspolitik – Ein zu weites Feld?**

Entwicklungspolitik, Nachhaltigkeit und Globalisierung sind zwei Seiten derselben Medaille! Beim Thema "Kommunale Beschaffungspolitik" geht es um Geld, genauer gesagt um sehr viel Geld. Der Gedanke der Nachhaltigkeit in Verbindung mit kommunaler Beschaffung trifft nicht immer auf informierte Entscheider. Diese Broschüre soll Information und Hilfestellung für kommunale Ausführende leisten und mit Beispielen aus der Praxis Wege aufzeigen, wie gesetzliche Vorgaben in praktisches kommunales Handeln umgesetzt werden können.



Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 2 (2012) *made* in Brandenburg

Die Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung, die am 31. Mai 2012 verabschiedet wurden, sind das Kernstück dieser Broschüre. Anhand des Protokolls vom 3. Round Table können die Leserinnen und Leser den konstruktiven Diskurs mit den Akteuren der brandenburgischen Entwicklungspolitik nachvollziehen. Darin wird ersichtlich: Es bedarf staatlicher und zivilgesellschaftlicher Strukturen, um ein zukunftsfähiges Gemeinwohl zu organisieren! Und das nicht nur vor unserer Haustür, sondern in unserer Einen Welt!



Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 1 (2012) **Ernährung im 21. Jahrhundert**

Hunger schürt Hass und lehrt Demut. Nichts steht exemplarischer für die Diskrepanz zwischen Haben und Sein als Ernährung im engsten Sinne. Hunger ist ein Verteilungs- und damit ein politisches Problem. Ein Umdenken in der Entwicklungspolitik ist erforderlich. Unter dem Gesichtspunkt der Ernährungssouveränität muss ein nachhaltiges internationales Engagement zur Stärkung der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern einsetzen, damit "Hilfe zur Selbsthilfe" nicht nur ein leeres Motto bleibt.



VENROB e.V. wurde am 9. September 1995 in Potsdam als entwicklungspolitische Arbeitsplattform für Vereine, Gruppen, Initiativen, Eine-Welt-Läden u.ä. Nichtregierungsorganisationen im Land Brandenburg gegründet. Der gemeinnützige Verein versteht sich als parteipolitisch und konfessionell ungebundenes Landesnetzwerk. Mitglieder können alle im Land Brandenburg ansässigen Interessenten werden, die sich mit Nord-Süd-Themen beschäftigen.

Unsere wichtigsten Arbeitsfelder

- Förderung von Kontakten und Zusammenarbeit zu entwicklungspolitischen Themen, insbesondere im Bereich Globales Lernen.
- Aufbau und Erweiterung von entwicklungspolitischen Kompetenzen.
- Lobbyarbeit, Interessenvertretung für Themen und Akteure auf Landesebene.
- Unterstützung von Nachhaltigkeitsprozessen und kommunaler Entwicklungspolitik.

Derzeitige Mitglieder

Aktionsladen Eine Welt bei der Französisch Reformierten Gemeinde Potsdam | Bantadores – Kindheit in Würde – Dignity in Childhood e.V. | Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft (BBAG) e.V. | Cagintua e.V. – Campaign for Government of International Unity in Africa | Carpus e.V. | Collective Leadership Institute e.V. | Demokratie und Integration Brandenburg e.V., Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Demokratie und Integration | Eine-Welt-Projekt des Evangelischen Kirchenkreises Fürstenwalde-Strausberg | Eine-Welt-Laden-Cottbus e.V. | Fliegende Agenda 21 | Gesellschaft für Solidarische Entwicklungszusammenarbeit e.V. (GSE) | Gesundheit und Bildung Gambia e.V. | HIV-Projekt Belize e.V. | Hochvier – Gesellschaft für politische und interkulturelle Bildung e.V. | Internationales Institut für Journalistik Berlin-Brandenburg e.V. (IIJB) | Lateinamerika-Arbeitskreis tierra unida e.V. | Oikocredit Förderkreis Nordost e.V. | Pan-African Women's Empowerment and Liberation Organization (PAWLO-Germany) e.V. | publicata e.V. – Verein zur Förderung von Öffentlichkeit für Ausländerintegration und Entwicklungszusammenarbeit | PUERTO ALEGRE e.V. | SOLAFRICAN e.V. | SOLIDARIO – Eine Welt Projekt in der Kirchengemeinde Babelsberg | Twende Pamoja e.V. | WeltTrends e.V.

Tel.: (0331) 704 89 66

Fax.: (0331) 270 86 90

Aktuell im Verlag Welt ® Trends



Matti Steinitz

Black Power in Lateinamerika

Asymmetrische Machtverhältnisse prägen die Wahrnehmung der Beziehungen zwischen den USA und Lateinamerika in den 1960er und 1970er Jahren. Wenig Beachtung fanden kulturelle und politische Austauschprozesse, die zwischen den schwarzen Communitys stattfanden. Die Studie zeigt, wie sich die Black-Power-Bewegung trotz starker nationalistischer Abwehrreflexe auch in einigen lateinamerikanischen Kontexten verbreiten konnten.

ISBN 978-3-941880-91-7 | 146 Seiten | 11,90 Euro



Hubert Thielicke (Hrsg.)

Am Ende nichts? Krieg in Afghanistan

Afghanistan ist aktueller denn je. Nach 13 Jahren Krieg ist eine Bilanz dringend erforderlich. Was hat die längste und wohl auch teuerste Aktion zur Stabilisierung eines Landes gebracht? Welche Perspektiven gibt es für Afghanistan und die Region? Wie soll es dort nach dem Abzug der NATO/ISAF-Truppen weitergehen? Diesen Fragen gehen Experten aus Deutschland und der Region nach.

ISBN 978-3-941880-23-8 | 75 Seiten | 9,90 Euro



Volkmar Schöneburg

Rechtspolitik und Menschenwürde

Die Beiträge von Volkmar Schöneburg belegen eindrucksvoll sowohl die argumentative Kraft als auch die praktische Relevanz einer linken, emanzipatorischen Rechtspolitik. Reden, Aufsätze und Interviews zu Fragen der Verfassung, des Strafrechts und des Strafvollzugs sind in dem vorliegenden Band des früheren Ministers der Justiz des Landes Brandenburg versammelt.

ISBN 978-3-941880-93-1 | 219 Seiten | 16,90 Euro



Zeitschriften und Einzelartikel sind jetzt als ePaper erhältlich:

shop.welttrends.de



"Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft" lautet das Motto für das Europäische Jahr der Entwicklung 2015. Vergeben haben es das Europäische Parlament und der Europäische Rat am 16. April 2014. Es gibt einen Anlass für diese erstmalige über die Nabelschau der EU hinausgehende Befassung mit der Welt jenseits der Außengrenzen europäischer Mitgliedstaaten: Die Weltgemeinschaft hatte beschlossen, dass die acht Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 um Nachhaltige Entwicklungsziele erweitert werden müssen.

Was hat das alles mit Brandenburg zu tun? Sehr viel, denn die Landesregierung hat es in der vergangenen Legislaturperiode geschafft, Entwicklungspolitische Leitlinien, eine Nachhaltigkeitsstrategie sowie eine Internationalisierungsstrategie zu entwickeln. Auch wenn deren Verortung und Ansätze unterschiedlich sind, sollte die Verzahnung in der Ausführung dieser Strategien sowie die Fortschreibung des transparenten Stakeholder-Prozesses auch der jetzigen Landesregierung ein Hauptanliegen sein. Denn die globalen Probleme finden sich auch in Brandenburg wieder, nicht nur "irgendwo in Afrika". Und da die Welt nicht kleiner, wir aber dafür mobiler geworden sind und auf Reisen so manches Elend mit eigenen Augen gesehen und erlebt haben, hat sich vielleicht die Erkenntnis durchgerungen, dass unser westlicher Lebensstil, die Idee, aus dem Vollen zu schöpfen, auch ein Grund für das Elend der anderen ist?

Salopp gesagt, die EU goes global und als Teil von ihr sind wir als Bundesland Brandenburg dabei. Die globalen Herausforderungen der Zukunft betreffen uns alle und es ist an der Zeit, diesen Bewusstseinswandel in Taten umzusetzen. Das Europäische Jahr der Entwicklung steht vor der Tür. Machen Sie mit, informieren Sie sich und andere und leisten Sie Ihren Beitrag, wo Sie können.



ISBN 978-3-941880-96-2 www.welttrends.de